Dienstag, den 8. November 1927. Einzelnummer 10 Pfennig. 38. Jahrgang — Nr. 262

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Rundfunk", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5 und Neue Taschenstraße 11, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.42 Rmk. + 8 Pf. Trägerlohn = 0.50 Rmk., monatlich 1.75 Rmk. + 35 Pf. Trägerlohn = 2.10 Rmk. Durch die Post einschl. Zustellungsgebühren 2.46 Rmk.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Breslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 70 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Rückporto beiliegt

Ein Wort zum Sowjetjubiläum.

Das politische Glück der Bolschewisten. Ihr Versagen in der praktischen Arbeit.

Die zehnjährige Existenz der Sowjetunion wird von den Kommunisten aller Länder zu einer riesigen Propaganda ausgenutzt. Die einzelnen kommunistischen Landesorganisationen versuchen einander in Schönmalerei über Rußland zu überbieten. Die deutschen Kommunisten scheinen dabei den Vogel abzuschießen. Auch wir denken natürlich gar nicht daran — und haben das erst in letzter Zeit wiederholt betont — das Gute, was die Sowjetregierung innenpolitisch in den zehn Jahren ihrer Tätigkeit geleistet hat, wegzuleugnen oder zu bestreiten. Aber es ist ein Schwindel sondergleichen, das Reich der Bolschewisten als ein Land hinzustellen, in dem der Sozialismus vor der Verwirklichung steht.

* * *

Von einer ganzen Reihe glücklicher Umstände begünstigt, haben die Bolschewisten im Jahre 1917 die Macht in Rußland übernommen. Die ungeheuren Torheiten der demokratischen Revolution zu Anfang 1917 erleichterten ihnen das Spiel außerordentlich. Statt damals schon den Krieg abzublasen, stellten sie die Parole einer Fortsetzung der Massenmörderei auf und zersetzten so nicht nur das Land weiter, sondern trieben die Massen der bolschewistischen Friedensparole geradezu in die Arme. Auch die unglaublichen Fehler der Gegenrevolution und der sie stützenden Ententemächte waren auf lange Sicht gesehen, für die Bolschewisten nur von Nutzen. Als zum Beispiel die Denekin und Wrangel bis in das Herz des europäischen Rußland vorgedrungen waren, kannten sie kein sehnlicheres Ziel, als in ihrem Rücken das alte Regime wieder aufzurichten. So trieben sie die Bauern unvermeidlich dem Bolschewismus in die Arme, während gleichzeitig durch die Intervention der fremden Mächte alle nationalen Kräfte in Rußland zu Bundesgenossen und Mitstreitern der Roten Armee gemacht wurden. Die Auswirkungen dieser Fehler waren ohne Zweifel bedeutsamer als die damalige Stärke der Sowjetmacht. Schließlich entstand den Bolschewisten noch in den rückständigen kulturellen Verhältnissen Rußlands ein Helfershelfer. Die große Masse der Bauern sah in ihrem unbeschreiblichen Elend nur noch im Bolschewismus das Mittel, die Gutsherrn zu beseitigen und deren Land in Besitz zu nehmen. So wurde sie zu Helfern des Bolschewismus, ohne von seinem Wesen und seinen Zielen auch nur die geringste Ahnung zu haben.

* * *

Die Bolschewisten haben damals unter Anwendung der verwerflichsten Mittel verstanden, dieses ihnen bei allem Elend gebotene Glück auszunutzen. Die dünne Schicht, die das alte Rußland beherrscht hat, wurde mit Gewalt ausgerottet, die politischen Gegner vertrieb man des Landes oder ließ sie meuchlings niedermorden. Andererseits machte man den Bauern und der Privatwirtschaft gegenüber bald Konzessionen, die absolut unkommunistisch waren, die aber die restlose Aufrechterhaltung der politischen Diktatur der Bolschewisten ermöglichten. Diese vom Kommunismus abweichende wirtschaftliche Entwicklung ist heute so weit fortgeschritten, daß es in Rußland wie überall wieder Privatkapital gibt, das innere russische Anleihen tragen kann, daß der Bauer sein Land faktisch wieder als Eigentum besitzt und sogar eine neue Bildung sozialer Schichten vor allem auf dem Lande beginnt. Die jetzt von Trotzki geführte Opposition hat vom Standpunkt der bolschewistischen Doktrin aus auf diese und andere Verletzungen kommunistischer Prinzipien gerade in der letzten Zeit energisch und richtig hingewiesen. Lenin und seine Nachfolger erreichten aber durch diese Politik, daß ihre politische Herrschaft gesichert wurde.

Die Führer der Sowjetunion haben trotz alledem unter gerade nicht leichten Verhältnissen auch einige anerkennenswerte Leistungen für die arbeitende Bevölkerung aufzuweisen. Aber was heißt das? In Anbetracht der Tatsache, daß die Bolschewisten seit zehn Jahren ohne innere Hemmungen regieren können, sind diese Leistungen weder als vorbildlich, noch als hervorragend zu betrachten. Ein sozialistisches Kabinett hätte in der gleichen Zeit und unter den gleichen Umständen wesentlich mehr [illegible] unter ganz anderen Voraussetzungen an die Arbeit gegangen wäre. Die Bolschewisten versetzten sich außerhalb jeder Wirklichkeit und brauchten erst Jahre, um sich auf dem Boden der realen Tatsachen wieder zu finden. Sie mußten durch die Praxis erst langsam lernen, daß auch ihrem Wirken reale Grenzen gezogen sind. So vergingen Jahre, ohne daß praktische Arbeit geleistet werden konnte.

* * *

Reale Grenzen werden auch die weitere Entwicklung der Sowjetunion bestimmen. Man hat in Rußland zum Beispiel versucht, eine wirtschaftliche Entwicklungsstufe zu überspringen und zu tun, als ob ein einzelnes Land in der Lage wäre, das Schicksal der ganzen Welt zu bestimmen. Aber selbst unter den hierfür gerade in Rußland besonders günstigen Bedingungen der agrarischen und kulturellen Verhältnisse ist dieser Versuch gescheitert. **Wir haben heute in Rußland keinen Sozialismus, sondern einen Staatskapitalismus,** wir sehen, daß auch das bolschewistische Rußland die Verbindung mit der kapitalistischen Außenwelt nicht entbehren kann und ihr politisch wie wirtschaftlich Rechnung tragen muß. **Die Leninistische Diktatur hat das in weitem Umfang tun müssen, was sie den „Sozialreformisten" zum schwersten Vorwurf zu machen pflegt.** Auch ihr blieb nichts anderes übrig als praktische von den als heilig verkündeten Prinzipien abweichende Konzessionen zu machen. Amerikanisches Kapital in Rußland, Sowjetdelegierte auf der Abrüstungs-Vorkonferenz, die Kulaki (Großbauern) im russischen Dorf — das sind typische Erscheinungen dieser Art. So wird die Sowjetunion langsam den Anschluß an die sozialistische und demokratische Entwicklung wieder finden.

Die bolschewistische Propaganda bestreitet alles das natürlich aus begreiflichen Gründen. Ja, sie muß es bestreiten, um sich nicht selbst das Grab zu schaufeln. Aber hunderte von Tatsachen sprechen gegen diese irreführende Propaganda und auf die Dauer werden deshalb auch die heute noch im kommunistischen Fahrwasser segelnden Arbeiter erkennen, welcher Spott mit ihnen getrieben wird.

Frankreichs Antwort an Italien

Es ist zur Unterzeichnung des Freundschaftsvertrages mit Jugoslawien bereit.

Paris, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Der jugoslawische Außenminister Marinkowitsch wird in diesen Tagen in Paris erwartet. Der Quai d'Orsay bestätigt, daß diese Reise in erster Linie der Unterzeichnung des bereits vor Jahr und Tag zustandegekommenen Freundschaftsvertrages zwischen Paris und Belgrad dienen soll. Da die französische Regierung diese Unterzeichnung mit Rücksicht auf Italien von Monat zu Monat immer wieder verzögert hat, wird man wohl kaum fehlgehen, den auffälligen Wechsel in der Haltung mit der in der vergangenen Woche von Italien vor Tanger veranstalteten Flottendemonstration in Verbindung zu bringen.

Man wird der französischen Politik die Anerkennung nicht versagen können, daß sie in den letzten Jahren das Menschenmögliche getan hat, um die durch die mannigfachen italienischen Provokationen zwischen Rom und Paris geschaffene Spannung aus der Welt zu schaffen. Das war zweifellos auch der Grund, warum Briand den bereits zu Beginn des Jahres 1926 zustandegekommenen Vertrag mit Belgrad bisher nicht in Kraft gesetzt hat. Offenbar hat man in Paris befürchtet, daß Italien darin eine Unterstützung in dem zwischen Belgrad und Rom bestehenden Konflikt wegen des Vertrages von Tirana sehen würde. Wenn der Quai d'Orsay nach langem Zögern sich nunmehr entschlossen hat, aus seiner bisherigen Reserve herauszutreten, so kann das lediglich besagen, daß man in Paris nicht länger gewillt ist, den italienischen Herausforderungen ruhig zuzusehen. Die am Donnerstag erfolgende Unterzeichnung des Vertrages ist infolgedessen nichts anderes als die französische Antwort auf die jüngste italienische Demonstration. Sie ist dazu bestimmt, Herrn Mussolini klar zu machen, daß die beiden Länder, auf deren Kosten der italienische Imperialismus die Befriedigung seiner Expansion sucht, die Provokationen satt haben und entschlossen sind, gegen den gemeinsamen Gegner im Ernstfalle zusammenzustehen. An hiesiger zuständiger Stelle wird dazu ebenso wie in Belgrad auf das entschiedenste in Abrede gestellt, daß der Vertrag den Charakter eines militärischen Bündnisses habe. In diplomatischen Kreisen aber stößt diese Versicherung auf eine sicherlich nicht unbegründete Skepsis.

Optimismus in Polen.

Der polnische Handelsminister über die Aussichten der Wirtschaftsverhandlungen mit Deutschland.

Der Korrespondent des „Berliner Tageblatts" in Warschau hatte eine Unterredung mit dem polnischen Handelsminister über die bevorstehenden deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen. Der polnische Handelsminister führte dabei u. a. aus: „Im allgemeinen sehe ich keine weitgehenden und unüberbrückbaren Schwierigkeiten, ein normales wirtschaftliches Vertragsverhältnis zwischen Polen und Deutschland herzustellen. Die wirtschaftlichen Beziehungen beider Staaten haben eine natürliche und besondere Grundlage. Deutschland und Polen bilden zwei Wirtschaftsgebiete, die sich eher ergänzen als einander Konkurrenz machen. Ich kenne daher keine hindernden wirtschaftlichen Momente, die so schwer wiegen, daß sie uns hindern könnten, den Zollkrieg zu beenden. Es gibt in dieser Frage keinen nennenswerten Gegensatz zwischen der öffentlichen Meinung und der Regierung."

Parker Gilbert nicht befriedigt.

Die Antwort des Reichsfinanzministers überzeugt ihn nicht.

Berlin, 7. November. (Eigener Bericht.)

Von unterrichteter Seite wird uns mitgeteilt, daß der Reparationsagent Parker Gilbert die Antwort der deutschen Reichsregierung auf sein Memorandum als völlig unbefriedigend betrachtet. Seine Bedenken über die Entwicklung der deutschen Finanz- und Wirtschaftsverhältnisse seien durch das Schreiben des Reichsfinanzminister nicht im geringsten gegenstandslos geworden.

Eine Fortsetzung des Briefwechsels ist von dem Reparationsagenten trotzdem nicht beabsichtigt. Gilbert will seine Ansicht über die Antwort auf sein Memorandum dem Reichsfinanzminister schon in allernächster Zeit mündlich vortragen.

* * *

Wir glauben gern, daß Parker Gilbert durch die Antwort des Reichsfinanzministers nicht befriedigt wurde. Sie ist auch in wesentlichen Punkten durchaus unbefriedigend. Und zwar deshalb, weil eben die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bürgerblockregierung für Deutschland sachlich durchaus schädlich und nicht verteidigt werden kann.

Staatssekretär Mellon über den Briefwechsel.

Der amerikanische Staatssekretär Mellon empfing am Montag, wie aus Washington gemeldet wird, eine Reihe von Pressevertretern, um mit ihnen unter anderem über das Memorandum des Reparationsagenten Parker Gilbert an die deutsche Regierung zu sprechen. Mellon betonte dabei, daß das Memorandum für sich spreche und in erster Linie gegen staatliche und kommunale Anleihen zu unproduktiven Zwecken gerichtet sei. Es liege in Deutschlands eigenem Interesse, sparsam zu wirtschaften. Nur so könne es sich gegen den Vorwurf schützen, nicht alle erforderlichen und möglichen Anstrengungen zur Erfüllung seiner Verpflichtungen gemacht zu haben.

Das Schulgesetz verfassungswidrig.

Ein Gutachten eines bekannten Staatsrechtslehrers.

München, 5. November. (Eig. Drahtbericht.) Der bekannte Münchener Staatsrechtslehrer Prof. Rothenbücher äußerte sich vor der Münchener juristischen Studiengesellschaft über den Reichsschulgesetzentwurf der Bürgerblockregierung dahin, daß dieses Gesetz einer verfassungsändernden Mehrheit im Reichstag bedürfe, da es entgegen dem Wortlaut und der Entstehungsgeschichte der Verfassung, der Auffassung des Reichsgerichts und der wissenschaftlichen Lehre nicht die Gemeinschaftsschule zur Regel mache, sondern diese Schulart der Bekenntnisschule und der bekenntnisfreien Schule gleichstellt. Der Entwurf begünstige die Auffassung der katholischen Kirche, der sich jetzt die meisten protestantischen Kirchenbehörden anschließen, wonach die Bekenntnisschule tatsächlich die Regelschule sein soll. In dieser Bekenntnisschule würden nicht nur Lehrplan und Lehrbücher konfessionalisiert, sondern es würden die Vertreter der Kirche an der Schulverwaltung beteiligt. So würde, wenn auch in versteckter Weise, eine Konfessionalisierung der Schulaufsicht möglich.

Am Schlusse seiner Ausführungen wies Rothenbücher darauf hin, wie sich der [illegible] in dieser Frage [illegible] Schrittmacher des Katholizismus befinde [illegible] dabei die Aeußerung eines [illegible] preußischen Landeskirche: „Der Protestantismus muß im [illegible] des Katholizismus wieder groß werden."

Am Leben verzweifelt.

(Von unserem Korrespondenten.)

Berlin, 7. November. (Eig. Bericht.)

Das sind Tatsachen: Drei junge Männer, lebenslustig, intelligent, kommen am Sonntag nachmittag in die Wohnung des ältesten Freundes, trinken mit den Familienangehörigen Kaffee, singen, spielen auf der Laute. Gegen Abend begeben sie sich ins Nebenzimmer und erschießen sich. Einer nach dem anderen. Nach den ersten beiden Schüssen will die Mutter ins Zimmer dringen. Der jüngste der drei Freunde hält mit der linken Hand die Türe zu, mit der rechten setzt er den Revolver an die Schläfe und drückt ab.

Die Grünauer Straße in Köpenick, in der diese Tragödie sich ereignet hat, ist eine jener eintönigen Kleinstadtstraßen, wie man sie in den älteren Vororten Berlins noch vielfach findet. An der Ecke die Kneipe, hier und da ein kleiner Kramladen oder ein Barbiergeschäft. Im vierten Stock der Nummer 29 wohnt schon seit 20 Jahren Familie Haack. Die eine Hälfte der Etage wird vom Boden eingenommen, in die andere Hälfte teilt sich die Mutter mit den Familien der verheirateten Kinder. Albert Haack, 25 Jahre alt, mit der Tochter eines Arbeiters verlobt, hat zusammen mit der Mutter ein Zimmer inne. Eine ansehnliche Büchersammlung sieht man, vor allem russische Literatur, Gorki, Dostojewski, neuere Dichtungen. Haack ist in der kommunistischen Bewegung eifrig tätig, er leitet die Bildungsarbeit des Bezirks. Erst jüngst hatte er ein Theaterstück geschrieben, das bei einer Parteiveranstaltung reichen Beifall fand. Tagsüber ist er in der russischen Handelsvertretung beschäftigt, neben der Parteiarbeit übt er eine rege Tätigkeit in der öffentlichen Wohlfahrtspflege aus. Dazu nimmt er noch russischen Unterricht. Also einer von jenen bildungshungrigen Proletariern, die den Stolz ihrer Klasse bilden.

Die Eltern von Wilhelm Wuthe sind einfache Arbeiter, anscheinend parteilos. Die Mutter erzählt, daß sie mit ihrem Sohn oft Auseinandersetzungen gehabt habe, weil er nicht an Gott glauben wollte. Auch der Bruder ist Kommunist, die Schwestern sind ohne politische Interessen. Vor kurzem hatte Wuthe eine Vernehmung auf der Polizei, weil er an einem Zusammenstoß mit der Gendarmerie beteiligt gewesen sein soll. Es erscheint ausgeschlossen, daß dieser Zwischenfall der Anlaß zu dem Freitod der drei Menschen gewesen ist. Die Eltern, die offenbar mit der Polizei nichts zu tun haben wollen, beteuern, daß sie sich um die politische Betätigung ihres toten Sohnes nie gekümmert hätten. Der dritte unter den Opfern der Tragödie, Richard Miethling, 21 Jahre alt, ist der Sohn eines kleinen Maurermeisters. In der Wohnung der Eltern in der Flemmingstraße herrscht gutbürgerliches Milieu. Die Angehörigen waren stets gegen den kommunistischen Umgang des Jungen; oft kam es darüber zu Vorhaltungen. Miethling war Konstruktionszeichner bei Borsig. Er wird als sehr begabt geschildert, für die Kommunistische Partei fertigte er Zeichnungen und Plakate an. Die Eltern wollten ihn studieren lassen, offenbar um ihn dem bürgerlichen Leben zurückzugewinnen. Das ist jetzt vorbei.

Wo ist der Schlüssel zu diesem Drama? Die Angehörigen wissen nichts. Nahrungskummer hatten die drei nicht, Liebesangelegenheiten hält man für ausgeschlossen. Seit etwa zwei Wochen waren die Freunde öfter zusammen als sonst. Als die Braut von Haack sich darüber beklagte, daß sie von ihm in der letzten Zeit so sehr vernachlässigt werde, entschuldigte er sich mit der vielen Parteiarbeit. Der Hunger war es nicht, die Liebe war es nicht. Wie Michael Kramer in Hauptmanns Stück, so sitzen jetzt die Mütter und die Väter an den Särgen ihrer Kinder und klagen, klagen an — aber wen?

Als der Krieg ausbrach, waren die drei noch Kinder. Sie wußten von der Arbeiterbewegung nichts, sie kannten die Sozialdemokratie nicht. Sie haben die Sozialdemokratie erst viel später in der verzerrten Darstellung ihrer eigenen Partei gesehen. Sie waren der kommunistischen Bewegung treu ergeben, es verging wohl kein Abend, an dem sie nicht für ihre Sache tätig waren. Wenn also ihr freigewählter Tod nur so zu erklären ist, wie man es von den Angehörigen hört: daß sie ihren politischen Glauben verloren haben, so kann es nur der Glaube an den Kommunismus gewesen sein. Die Weltrevolution, von deren baldigen Kommen sie wohl geträumt haben werden, ist nicht gekommen; in Rußland triumphiert nicht der Sozialismus, sondern unter der angeblichen proletarischen Diktatur wächst ein neuer Kapitalismus heran. Den Tag, an dem die deutschen Kommunisten das zehnjährige Jubiläum der bolschewistischen Revolution feierten, wählten die drei Freunde zu ihrer eigenen Todesfeier. Solches Zusammentreffen kann kein Zufall sein.

Diese grausame und sinnlose Selbstvernichtung junger Proletarierleben zählt zu den Ausnahmeerscheinungen. Es waren drei wertvolle Menschen, die das Dasein satt bekamen, weil ihre Blütenträume nicht gereift sind. Wo aber gehen die vielen anderen hin, die den Glauben an die kommunistische Sache verlieren? Sie kehren vielfach der Arbeiterbewegung überhaupt den Rücken, sie werden zu „Indifferenten". Hier muß die Arbeit der Sozialdemokratie beginnen. Keine Verzweiflung am Leben, sondern Kampf, Bewegung, Hingabe an das große Ziel des Sozialismus! Unser Leben gehört nicht uns, sondern unserer Klasse. Und wir wollen nicht aus Verzweiflung untergehen, sondern mit täglich frischem Mute bis zum Siege kämpfen!

• • •

Es besteht die Aussicht, daß der dritte der kommunistischen Selbstmörder in Cöpenick mit dem Leben davonkommt. Allerdings dürfte er für sein Leben lang blind bleiben.

Sozialdemokratische Wahlerfolge

bei den mecklenburgischen Gemeindewahlen.

Rostock, 8. November. (Eigener Funkbericht.)

Am Sonntag haben in Mecklenburg-Schwerin und Strelitz die diesjährigen Wahlen zur Neubildung der Stadtparlamente begonnen. Gewählt wurde zunächst u. a. in Waren, Crivitz, Neu-Brandenburg und Friesland. Auch hier zeigen die Ergebnisse mit Ausnahme von Crivitz überall eine Steigerung der für die Sozialdemokratie abgegebenen Stimmen. Alle bürgerlichen Parteien, insbesondere aber die Völkischen und deren Bundesgenossen, die Kommunisten, verloren verhältnismäßig stark. In Neu-Brandenburg gingen die Völkischen z. B. von 767 Stimmen bei der letzten Wahl auf 238 zurück, während die Kommunisten von 560 nur 411 Stimmen retten konnten. Im übrigen ist das die SPD. unbefriedigende Wahlergebnis in Crivitz auf mangelhafte Wahlbeteiligung zurückzuführen. Auch die bürgerliche Einheitsliste hat darunter gelitten; denn sie hat ebenfalls Verluste zu verzeichnen. Das wird natürlich von der Rechtspresse verschwiegen. Die Hugenberg-Blätter bringen es sogar fertig, aus diesem Verlust von rund 200 Stimmen einen „großen Erfolg der bürgerlichen Parteien" zu machen. Das sieht ihnen ähnlich.

Ein Anschlag gegen die Presse-Freiheit.

Die Verhaftung des Redakteurs der „Menschheit", Rötticher.

Berlin, 6. November. Unter Anwendung einer nicht sehr sauberen List hat die Kriminalpolizei am Freitag abend den Herausgeber der Wiesbadener „Menschheit", Fritz Rötticher, verhaften und nach Berlin überführen lassen. Die Verhaftung ist auf Anordnung des Oberreichsanwalts von dem Berliner Untersuchungsrichter Kraske veranlaßt worden. Ihr soll ein Landesverratsverfahren folgen, das angeblich auch gegen die im Ausland weilenden Mitarbeiter des Wiesbadener Blattes, Professor Förster und Mertens, angestrengt wird. Das Verfahren stützt sich auf die Veröffentlichungen in der ersten August-Nummer der „Menschheit", in denen phantastische Rüstungspläne gewisser Reichswehrkreise auf Grund eines Protokolls wiedergegeben wurden.

Die ganze Absurdität des Verfahrens gegen die „Menschheit" erhellt schon daraus, daß man als Landesverrat den Verrat von Geheimnissen zu bestrafen sucht, die man selbst als nicht gegeben bezeichnet. Jeder normal denkende Mensch — ausgenommen das höchste politische Gericht Deutschlands — wird der Ansicht sein, daß nicht existierende Geheimnisse auch nicht verraten und also auch nicht als „Verrat" bestraft werden können.

In Wirklichkeit wendet sich das Verfahren nicht gegen bestimmte Mitteilungen der Wiesbadener Wochenschrift, sondern gegen das Recht der Presse, auch an Zuständen der deutschen Reichswehr Kritik zu üben. Dahin zielen die Bestimmungen des Strafgesetzentwurfs, dahin zielen auch die Verfahren à la Rötticher. Aber wer noch nicht die Sch... Reichswehr, die Femenmorde, die Filmsubventionen der Ma... vergessen hat, wird die Kritik und das schärfste Mißtrauen ge... über der Reichswehr für eine publizistische Pflicht und für wi... lichen Dienst an Land und Volk halten.

Das Verfahren gegen die „Menschheit" wird im Ausla... der Sache Deutschlands viel größeren Schaden tun als es ... Veröffentlichungen je vermochten. Je mehr man die Kritiker ... Reichswehr verfolgt, desto stärker muß im Ausland der Einb... werden, daß die Reichswehr wirklich manches zu verberg... hat. Dieses Landesverratsverfahren ist darum nicht nur ein ... schlag gegen die Freiheit der Presse, sondern obendrein ... eine politische Dummheit.

Erfreuliche Einsicht.

Paris, 7. November. (Eigener Bericht.) Das „Oeuvre" erläßt am Sonntag einen energischen Aufruf zugunsten der deutsch-französischen Verständigung. Dab... scheut es sich nicht, seinen Landsleuten sehr grobe Wahrheite... zu sagen. Selbst die schlimmste Niederlage, erklärt das Bla... könne nicht ausreichen, um ein Volk von 60 Millionen dis... plinierter Arbeiter endgültig am Boden zu halten. Es liege i... Interesse der beiden Nachbarvölker, eine enge Zusammen... arbeit zunächst auf wirtschaftlichem und in... dustriellem und dann auch auf politischem Ge... biet herzustellen. Frankreich müsse daran denken, daß es je... friedliche Mittel gebe, mit denen man ein Volk ebenso furchtba... schlagen könne, wie bisher mit kriegerischen Mitteln. Frank... reich dürfe die starken demokratischen Kräfte in Deutschland nic... unterschätzen, denn es könne heute nicht bestritten werden, da... Deutschland entschlossen den Weg des Friedens der internatio... nalen Verständigung und des Völkerbundes beschritten habe... Frankreich dürfe und könne es sich nicht weiter leisten, gegenüber Deutschland eine Politik der Erniedrigung zu treiben.

Wie wenig mit Zwang gegen Deutschland ausgericht... werden könne, weist das Blatt besonders am Beispiel des An... schlusses an Oesterreich nach. Sicherlich könnten di... Alliierten, so erklärt es, einen politischen Anschluß verbieten... aber sie könnten nicht verhindern, daß Oesterreich und Deutsch... land sich durch seine Post, durch seine Eisenbahn, durch seine Zoll... politik, Sozialpolitik und intellektuelle Zusammenarbeit so eng zusammenschlössen, daß sie praktisch genau so vereinigt seien, wie zwei Schweizer Kantone.

Schluß der Genfer Konferenz zur Beseitigung der Handelshemmnisse.

Genf, 7. November. Die diplomatische Konferenz für die Schaffung eines internationalen Uebereinkommens betreffend die Aufhebung der Ein- und Ausfuhrbeschränkungen und Verbote hat am Montag abend ihre Arbeiten abgeschlossen. In der letzten Sitzung wurden unter Namensaufruf die Staaten festgestellt, die bereits am Dienstag die Konvention und die Schlußakte zu unterzeichnen bereit sind. Es sind dies 15 Staaten, darunter Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland, die Schweiz, Oesterreich, Belgien und die Tschechoslowakei. Andere Staaten versicherten, die Unterzeichnung in der nächsten Woche vorzunehmen. Wieder andere, so die Vereinigten Staaten, Irland, Kanada und China ließen durch ihre Vertreter erklären, daß sie keine Instruktion zur Vollziehung der Unterschrift erhalten hätten. Japan und Rumänien haben sich bis Dienstag um Mitternacht die Unterzeichnung vorbehalten.

Ausarbeitung eines Wahlprogramms der Labour Party.

London, 5. November. (Eigener Drahtbericht.) Die Programm-Kommission der englischen Arbeiterpartei, die aus Mitgliedern des Partei- und Fraktionsvorstandes der Arbeiterpartei zusammengesetzt ist, nimmt am Montag ihre Tätigkeit auf. Die Aufgabe dieser Kommission, die auf Grund eines Beschlusses der Konferenz von Blackpool ins Leben gerufen wurde, ist die Aufstellung eines Wahlprogramms für die nächsten Neuwahlen und eines Aktionsprogramms für eine kommende Arbeiterregierung. Die Kommission muß bis zur nächsten Konferenz der Arbeiterpartei im Oktober 192... ihre Arbeit abschließen. Sollten die Neuwahlen vor diesem Zeitpunkte ausgeschrieben werden, so muß das Programm früher fertiggestellt und einem zu diesem Zwecke einzuberufenen außerordentlichen Parteitage zur Beschlußfassung unterbreitet werden.

Der Kommission gehören unter anderem an: Ramsay Macdonald, Henderson, Cramp (der Eisenbahnerführer) und C. P. Trevelyan, der in der Arbeiterregierung den Posten eines Unterrichtsministers bekleidet hat.

Der falsche Prinz.

Leben und Abenteuer von Harry Domela.
Im Gefängnis zu Köln von ihm selbst geschrieben
Januar bis Juni 1927.

Copyright 1927 by Malik-Verlag A.-G., Berlin W. 50.
(Nachdruck verboten.)

55)

Der Hausherr erwartete mich in der Bibliothek, einem in dunkler Eiche gehaltenen Raum. Er zeigte mir einige besonders wertvolle Bände. Daneben lagen neuere Bücher, mein Blick fiel auf Noskes Buch: „Von Kiel bis Kapp". „Ihm haben wir viel zu verdanken", sagte ich mit einem Hinweis auf das Buch. „Er und Ebert sind diejenigen gewesen, die Deutschland 1918 vor dem Untergang gerettet haben." Der Kommerzienrat sah mich überrascht an, sagte jedoch nichts. Verlegen rückte er ein paar Bücher hin und her. Ich merkte, daß er etwas sagen wollte, jedoch wußte er zunächst nicht was. Ich fuhr daher fort: „Es ist seit jeher meine Ansicht gewesen, daß wir Hohenzollern nur dann verlangen können, gerecht beurteilt zu werden, wenn wir auch diejenigen gerecht beurteilen, die nach uns gekommen sind, zumal sie uns vor dem Allerschlimmsten bewahrt haben. Wir können sie viel eher gerecht beurteilen als die verbissenen, durch irgend welche Schicksalsschläge verbitterten Parteigänger der Linken." Nervös trommelte der Kommerzienrat mit den Fingern auf einem Buche herum. Noch immer sagte er nichts. Wir schwiegen beide. Dann begann er: „Ich habe dies offene Wort von Ihnen nicht erwartet. Ich danke Ihnen, daß Sie es ausgesprochen haben. Ich halte Ebert für einen der anständigsten Menschen, die wir seit langer Zeit im politischen Leben gesehen haben. Wie leicht wäre es ihm nach seiner Vergangenheit gewesen, radikale Politik zu treiben. Statt dessen hat er Maßhalten und Befriedigung der Geister angestrebt. Von seinen eigenen Leuten drum gescholten, erntete er für seine Klugheit wenig Dank." Durch diesen kurzen Gedankenaustausch war eine Stimmung geschaffen, die uns einander näherbrachte. Ich war auch nicht mehr im mindesten befangen. Ich war Prinz, Prinz auch diesem Manne gegenüber. Mit nervöser Lebhaftigkeit trat jetzt Mrs. Harkott zur Türe ein. Damit war die Intimität unserer Unterhaltung zerrissen. Wir entschlossen uns, in einem Nebenzimmer Platz zu nehmen. Der Kommerzienrat begann uns aus einem Buche die Geschichte der Kreuzburg vorzulesen.

Durch ein Mädchen wurde zum Abendessen gebeten. Der Tisch war bürgerlich-einfach, aber mit [illegible] mich hier, wohin ich nur sah. Keinerlei Aufmachung wie in Gotha. Wenig „dienende Geister". Nach dem Essen nahmen wir in einem anderen Zimmer vor dem Kamin Platz. Mrs. Harkott, die seit vierzig Jahren in Amerika lebte, sprach sehr lebendig über amerikanische Verhältnisse. Dann kamen wir auf Dichter und Lyrik zu sprechen. Mrs. Harkott wollte gern einige deutsche Volkslieder hören. Ein Mädchen brachte ein prächtiges Grammophon, ich kurbelte an, und bald waren wir in der sentimentalsten Stimmung. Mrs. Harkott bekam Tränen in die Augen. Als die beiden nun anfingen, Erinnerungen aus der Jugendzeit auszutauschen, kam ich mir störend vor und bat, mich einige Minuten entfernen zu dürfen.

Als ich nach einem kleinen Spaziergang zurückkam, tauschten die beiden Jugendgespielen noch immer ihre Erinnerungen aus. [illegible] Wir waren schon bei der zweiten Flasche angekommen, als Mrs. Harkott mich unvermittelt fragte: „Sie sind doch nicht bloß ein einfacher Baron Korff?!" Ueberrascht fragte ich sie, wie sie auf eine so seltsame Vermutung komme. „Nun", erwiderte sie, „ich merke aus Ihrer ganzen Art, daß Sie kein ‚gewöhnlicher Mensch' sind. Ich lächelte. Offenbar war mein Inkognito, das der Gastgeber so streng gewahrt hatte, doch irgendwie gelüftet worden. Ich gab also zu, der Sohn des Kronprinzen zu sein. Die Amerikanerin war ganz aufgeregt. „Ah! Das hätte ich mir nicht träumen lassen. Ein preußischer Prinz. Welche Ueberraschung!" Mrs. Harkott trat mit großer Geste an mich heran und drückte mir feierlich die Hand. Sie kam aus dem Verwundern nicht heraus. „Das hätte ich mir nicht gedacht!" sagte sie immer wieder. Die Stimmung wurde jetzt glänzend. Die Amerikanerin zeigte, wie burschikos sie sein konnte. Lebenslustig und äußerst temperamentvoll, verfuhr sie mit mir, als ob sie nach langen Jahren einem alten Bekannten wiederbegegnet wäre. Beim Schlafengehen wurde vereinbart, daß jeder so lange schlafen könne, wie er wolle.

Am nächsten Morgen — ich war um halb acht schon auf den Beinen — war draußen Sonntagsstimmung. Ein herrliches Wetter! Ich nahm einen kleinen Imbiß und machte einen kurzen Spaziergang. Als ich zurückkam, schlief noch alles. Ich gehe daher zum Friseur im Dorf. Auf der Burg wieder angelangt, begrüßt mich Mrs. Harkott und fragt, wie ich angeredet sein wolle. [illegible] Kommen Sie mit [illegible] Prinz. So bin ich es seit Jahren gewohnt." — „Ja, wissen Sie", erwidert sie, „ich bin eine demokratische Amerikanerin. Königliche Hoheit ist mir zu lang und paßt mir nicht. Also Prinz." [illegible] fort. Sie hatte eine wirklich nette Art, sich zu geben und wir vertrugen uns glänzend. Um zehn Uhr erschien der Hausherr.

Wir frühstückten. Dann wurde uns die Burg gezeigt. Der Burgherr hatte alles im ursprünglichen Zustand belassen. Am meisten gefiel mir das Zimmer der heiligen Elisabeth. Im Gegensatz zur überladenen Wartburg, wo ihr Zimmer wie ein Krämerladen aussieht — ich hatte sie vor Jahren von Erfurt aus einmal besucht —, war hier noch alles wie vor fünfhundert Jahren. In dem Raum stand nichts als ein Altar. Der Kommerzienrat benutzte ihn als Kapelle. „Ich habe lediglich die Absicht, zwei Wände mit ein paar Bildern aus dem Leben der heiligen Elisabeth auszuschmücken", äußerte er. Ich versicherte, daß mir die Kreuzburg weit besser gefalle als die Wartburg. Darauf sahen wir uns den Rittersaal an. Ein Leipziger Künstler hatte hierfür einige Bilder gemalt. Zwei davon füllten schon eine Wand aus. Das eine stellte den Aufbruch eines Ritters von der Kreuzburg in den Kreuzzug dar, die heilige Elisabeth gab ihm das Geleit. Das Gesicht des Ritters glich dem des Kommerzienrats, der heiligen Elisabeth hatte er das Gesicht seiner verstorbenen Gattin geben lassen.

Währenddes liefen die Dackel, die hier jede Freiheit genossen, mit vielem Gebell und Gekläff um uns herum und krochen überall hin. — Der Kommerzienrat sagte auf einmal zu Mrs. Harkott und mir: „Ich sehe, Sie vertragen sich ausgezeichnet. Ich hätte gar nicht erwartet, daß eine demokratische Amerikanerin und ein preußischer Prinz so gut miteinander auskommen würden." Wir mußten herzhaft darüber lachen, zumal er es auf eine so lustige Art vorbrachte. Ich dachte nur: Der wirkliche Prinz würde bestimmt nicht so gut mit ihr auskommen. „Wissen Sie was?" sagte der Kommerzienrat, „ich fahre heute nach Erfurt und muß morgen nach Magdeburg, Mistreß Harkott kommt mit. Da Sie nach Potsdam zurückwollen, Prinz, kommen Sie ja über Magdeburg, wollen Sie sich nicht mein dortiges Unternehmen ansehen?" Ich sagte bereitwilligst zu. „Sie werden mir hoffentlich im Sommer die Freude machen, mein Gast zu sein. Sie können dann hier leben, ganz wie es Ihnen gefällt." Er zeigte mir ein kleines Häuschen, das etwas vom Schloß abgesondert lag und entzückend eingerichtet war. „Hier pflege ich die jungen Herren unterzubringen. Bleiben Sie, solange als es Ihnen behagt." Ein namenlos bitteres Gefühl quoll in mir auf. Ein Prinz hatte doch alles. Ob mir, dem Harry Domela, jemand dies angeboten hätte? Wo möchte ich im Sommer sein? In welcher Lage?

(Fortsetzung folgt.)

Pariser Brief.

Wiederbeginn der Parlamentssession.

Die Deputierten und Senatoren treten nach sehr langen Ferien wieder zusammen, ohne daß die allgemein-politische Lage sich sehr geklärt und die Stellung der Parteien sich besonders verändert hat.

Es ist Tatsache, daß die Radikale Partei soeben einen wichtigen Kongreß abhielt und daß die Debatte wie die Beschlüsse dieser Versammlung eine ziemlich ausgeprägte Entwicklung nach links anzuzeigen scheinen. Das ist so sehr der Fall, daß gewisse Zeitungen geglaubt haben, die Frage aufwerfen zu können, ob sich nicht eine Ministerkrise am Horizont abzeichne. Doch, das ist ein wenig voreilig.

Zweifellos haben die Radikalen angesichts des Näherkommens der Wahlen und der allgemeinen Unzufriedenheit, die unter den Wirkungen der harten Steuern, der schleichenden Wirtschaftskrise, die auf alles drückt, und der Teuerung an Ausdehnung und Tiefe gewinnt, Ballast abgeworfen und zu verstehen gegeben, daß die Formel von der nationalen Einigkeit für sie nicht sehr anziehend sei, daß sie sich vorbereiten müßten, sie über Bord zu werfen. Aber nicht heute, sondern erst morgen. Das beweist der Umstand, daß der frühere Präsident der Partei, der auch heute noch ein Führer ist, den niemand verleugnen wird, Herr Herriot, immer noch Unterrichtsminister im Kabinett Poincaré ist.

So daß die Gefahr des Bruches, wenn es diese Gefahr überhaupt gibt, wenigstens auf eine spätere Zeit verschoben erscheint.

Die radikalen Zeitungen haben in dichterischen Ausdrücken den Kongreß ihrer Partei gefeiert. Endlich, so schreiben sie, hört die Zweideutigkeit auf und haben wir eine klare und freimütige Politik.

Es ist unerhört, was man Worten alles für eine Bedeutung geben kann. Denn wenn man nur ein wenig nachdenkt, wird man schnell dazu geführt, zu erkennen, daß niemals eine politische Partei tiefer in Zweideutigkeiten und Verwirrung steckte als die französischen Radikalen.

Zur Macht berufen, haben sie nichts anderes getan, als vor den Mächten der Finanz und den Drohungen der Reaktion zu kapitulieren.

Durch ihre Feigheit ebenso sehr wie durch die Heftigkeit der Angriffe ihrer Gegner umgeworfen, sind sie in ein Ministerium der nationalen Einigkeit eingetreten, in das Gefolge von Menschen, die sie verurteilt hatten, und für eine Politik, die diametral derjenigen entgegengesetzt ist, die sie gepriesen haben und auf deren Grundsätze sie gewählt worden sind.

Monate, ein Jahr, vergehen, die Radikalen beraten über alles das, verurteilen die nationale Einigkeit, bereiten sich vor, wenn nicht auf Wahlbündnisse, so doch auf wechselseitige Verzichte mit den Sozialisten, beschließen aber gleichzeitig, daß Experiment Poincaré weiter zu verfolgen und ihre Leute im Kabinett der nationalen Einigkeit zu belassen.

Das begreife, wer kann. Aber es ist wahrlich nicht übertrieben, von aufgehobener Verwirrung, von Klarheit und von Offenheit zu sprechen. Im Gegenteil, niemals watete eine Partei tiefer in Zweideutigkeit.

Wie dem aber auch sei, die Linke hat in der Radikalen Partei triumphiert.

Was wir soeben sagten, zeigt an, daß für den Augenblick die Rückwirkungen auf Parlament und Regierung fast gleich null sein werden. Aber was wird morgen sein? Es ist ganz klar, daß eine Ehe, in der die miteinander Verbundenen eifersüchtig aufeinander sind, sich mißtrauen, sich gegenseitig bloßstellen und täuschen, keine sehr glänzende Zukunft haben kann. Das ist der Fall bei der nationalen Einigkeit, in der Poincaré die Rolle des betrogenen Gatten spielt, der aber Herr im Hause bleibt.

Paul Faure.

Lloyd Georges Antwort an Chamberlain

ohne allgemeine Schiedsgerichtsbarkeit kein Friede.

London, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Lloyd George antwortete am Montag anläßlich eines von einem Londoner Klub veranstalteten Essens in einer selbst für den früheren Ministerpräsidenten ungewöhnlich temperamentvollen Weise auf Chamberlains jüngste außenpolitische Aeußerungen. Er polemisierte eingangs gegen Chamberlains Feststellungen, daß er (Lloyd George) ein großer Kriegsorganisator, aber kein Friedensstifter sei. Lloyd George stellte fest, er wünsche nicht als ein Mann von Blut und Eisen in die Geschichte einzugehen. Die am Weltkrieg beteiligten Nationen besäßen gegenwärtig zusammen 10 Millionen Soldaten, die im Kriegsfall nicht nur gut, sondern besser ausgerüstet seien als im Jahre 1914. Die mechanische Kriegsausrüstung dieser Staaten sei besser, das heißt grauenhafter als damals und werde von Jahr zu Jahr furchterregender. **Die Siegerstaaten hätten keinerlei Schritte unternommen, um ihr in Versailles gegebenes Versprechen einzulösen, dem Beispiel Deutschlands und Oesterreichs zu folgen, die zur Abrüstung gezwungen worden seien.** Sir Austen Chamberlain bilde sich ein, daß Locarno der wichtigste und endgültige Schritt zum Frieden sei. Locarno sei der Beginn der neuen Welt. Chamberlain sehe die Dinge etwa so: „Vor Locarno: Chaos, Europa ohne Form und Gestalt — Dunkelheit über den Gewässern. Dann Locarno und es ward Licht." Chamberlain habe kein Wort von der Schiedsgerichtsbarkeit gesprochen und nicht viel von Entwaffnung. Er, Chamberlain, wünsche keine Schiedsgerichtsbarkeit, weil er nach seiner Meinung hierbei nicht die Meinung der Dominions auf seiner Seite habe, aber Chamberlain sei dafür bereit gewesen, die französische Ostgrenze ohne Zustimmung der Dominions zu garantieren. Diese Garantie vermöge zum Krieg zu führen, während Entwaffnung zum Frieden führen würde.

Lloyd George fuhr wörtlich fort: **„Kann Locarno nicht über Locarno hinaus zur Schiedsgerichtsbarkeit und Entwaffnung fortschreiten, so ist — ich sage das auf Grund einer langjährigen Vertrautheit und einer tiefen Kenntnis der Verhältnisse in Europa — trotz Chamberlains gegenteiliger Feststellungen, so ist ein Krieg unvermeidlich."** Sir Austen Chamberlain sei bereit, Krieg ohne Zustimmung der Dominions zu riskieren, brauche nicht den Frieden. Er habe genug auf den Lorbeeren Locarnos geruht. Chamberlain gleiche einem Storch, der am Lago Maggiore auf einem Bein steht, übernatürlich gescheit dreinsehe und sehr befriedigt darüber zu sein scheine, daß er eine Forelle geschluckt habe. Er möge seine Schwingen heben und seinen Flug zum Frieden antreten.

Erstürmung des russischen Konsulats in Schanghai.

London, 7. November. (Eigener Drahtbericht.) Ein ernster Zwischenfall, der den Tod von mehreren Personen zur Folge hatte, ereignete sich am Montag in Schanghai im Zusammenhang mit einer in dem dortigen russischen Konsulat veranstalteten russischen Revolutionsfeier. Etwa 300 Weißrussen stürmten das Konsulat und drangen in das Gebäude ein. Nach einer halbamtlichen Blättermeldung wurde von den Insassen des Konsulats das Feuer auf die Eindringlinge eröffnet. Dabei wurden zwei Personen, darunter eine Frau, getötet und fünf verwundet.

Neue Verhaftung in der Angelegenheit Carol.

Budapest, 7. November. Die rumänischen Militärbehörden verhafteten an der ungarisch-rumänischen Grenze den rumänischen Marineoffizier Theodoru Roman. In seinem Besitz sollen Briefe des Prinzen Carol und andere ihn belastende Schriften gefunden worden sein. Theodoru, der im Auto von Paris kam, wurde unter starker Bedeckung nach Bukarest gebracht.

Einigung des Oelkapitals.

Abkommen über die Ausbeutung des Petroleums von Mossul.

New York, 5. November. Fünf große amerikanische Petroleumgesellschaften übernehmen zusammen 25 Prozent Anteil an dem Plan zur Erschließung der Petroleumvorkommen in der Gegend von Mossul in Irak unter der Leitung der Türkish Petroleum Compagny. Je 25 Prozent Anteile werden erworben von einer durch die Royal Dutch und Shell vertretenen holländischen Gruppe, ferner von einer durch die Anglo-Persian Oil Co vertretenen englischen Gruppe, sowie von einer französischen Gruppe. Man plant den Bau einer Leitung von 400 bis 500 Meilen Länge nach dem Mittelmeer.

Die Visumfrage im deutsch-tschechoslowakischen Verkehr.

Prag, 7. November. Wie eine Prager Korrespondenz meldet, ist der Text des Uebereinkommens zwischen Deutschland und der Tschechslowakei über die gegenseitige Aufhebung der Paßvisa bereits ausgearbeitet. Unter der Voraussetzung, daß die Tschechoslowakei noch bis zu Ende des laufenden Jahres die Frage des Schutzes ihres Arbeitsmarktes regelt, könnte das Uebereinkommen sofort unterfertigt und mit dem 1. Januar 1928 aktiviert werden. Mit der Aufhebung der Visa ist jedoch keineswegs die Aufhebung der bestehenden Abkommen über den kleinen Grenz- und Touristenverkehr verbunden. Die Tschechoslowakei hat die Frage des kleinen Grenzverkehrs im laufenden Jahr bereits unter Rücksichtnahme auf die gegenseitige Aufhebung der Visa geregelt.

Zwischenfälle bei kommunistischen Demonstrationen in Prag.

Prag, 7. November. Am Sonntag nachmittag zogen etwa 600 Personen nach Kladno, um an einer inzwischen verbotenen Volksversammlung teilzunehmen, die die Kommunistische Partei zur Feier des zehnten Jahrestages der russischen Revolution einberufen hatte. Als die Volksmenge der Aufforderung, auseinander zu gehen, nicht Folge leistete und eine bedrohliche Haltung einnahm, wurde sie mit Knüppeln auseinander getrieben. Nach mehrmaligem Einschreiten gegen die Demonstranten an anderen Stellen der Stadt, die sich ständig zusammenrotteten und die Wache mit Steinen bewarfen, wurde um sieben Uhr abends die Ordnung wieder hergestellt.

Die Reaktion in Oesterreich.

Zusammenschluß der Heimwehren.

Wien, 8. November. (Eigener Funkbericht.)

Die bürgerlichen Wehrverbände Oesterreichs haben beschlossen, sich zu einer Heimwehr und Heimschutzorganisation zusammenschließen. Dieser Zusammenschluß wurde bereits seit Monaten propagiert. Er ist hauptsächlich auf die Ereignisse des 15. Juli in Wien zurückzuführen.

Amerika baut Riesenautowerke in Abessinien.

Die amerikanische Maschinenbaugesellschaft White in Newyork hat, wie in London bekannt wurde, die Konzession zum Bau von großen Bauwerken am Blauen Nil in Abessinien erhalten. Da sich die englische Regierung bereits vor langer Zeit in Abessinien um Erteilung der Konzession beworben hat, ist man in Londoner Wirtschaftskreisen über das Verhalten Abessiniens sehr empört. — Man befürchtet, daß die amerikanische Gesellschaft nach Vollendung des Dammes am Blauen Nil in Abessinien durch Verkauf des Wassers an England bezw. Aegypten zum Schaden der britischen Wirtschaft ein großes Geschäft machen könne.

Ansprache Wirths-Schofer.

Dem „Westdeutschen Volksblatt" wird aus Baden gemeldet: „Anläßlich der Anwesenheit von Dr. Wirth in seiner Vaterstadt Freiburg fand am Allerseelentage eine eingehende Aussprache zwischen dem Führer der badischen Zentrumspartei, Prälat Dr. Schofer, und Abg. Dr. Wirth statt. Die Anregung zu dieser Besprechung soll von Dr. Wirth ausgegangen sein. Die Aussprache nahm einen allseitig befriedigenden Verlauf. Es ist anzunehmen, daß damit auch die Spannung, die seit der letzten Zentralkomiteesitzung des badischen Zentrums zwischen Dr. Wirth und seinen badischen Freunden bestanden hat, beseitigt worden ist."

Einigung der Regierungsparteien in der Besoldungsreform.

Berlin, 7. November. In einer von dem Gauverband Stettin der Deutschen Volkspartei einberufenen öffentlichen Beamtenversammlung teilte Reichstagsabg. Morath mit, daß es zwischen den Regierungsparteien am Freitag hinsichtlich der zur Beamtenbesoldungsreform zu stellenden Anträge zu einer Einigung gekommen sei. In der Frage der Wohnungsgeldzuschüsse werde man u. a. fordern, daß diese an alle ledigen Beamten über 45 Jahre in voller Höhe gezahlt werden. Man werde ferner beantragen, daß in das Gesetz eine Bestimmung eingefügt wird, die die Einbeziehung der Bezüge aller Ruhestandsbeamten und Hinterbliebenen in etwa künftige Besoldungserhöhungen garantiere.

Ausschluß wegen Disziplinlosigkeit.

Der sozialistische Abgeordnete Cannon ist, wie uns aus Paris gemeldet wird, aus der Partei ausgeschlossen worden, weil er der Einladung zur Teilnahme an der Zehn-Jahres-Feier der russischen Revolution nachgekommen ist.

Georg Bernhard, demokratischer Spitzenkandidat. Der Parteitag der Deutschen Demokratischen Partei für den Wahlkreis Potsdam I hat auf seiner am Sonntag abgehaltenen Tagung einstimmig durch Zuruf den Chefredakteur der „Vossischen Zeitung", Georg Bernhard, als demokratischen Spitzenkandidaten zum Reichstag für den Wahlbezirk Potsdam I aufgestellt.

Der von den Wiener Kommunisten für Sonntag geplante Fackelzug zur Feier des 10. Jahrestages der russischen Revolution wurde verboten.

Der lettisch-russische Handelsvertrag in Kraft getreten. Die Ratifikationsurkunden des lettisch-russischen Handelsvertrages wurden heute in Riga ausgetauscht. Der Vertrag ist damit in Kraft getreten.

Breslauer Produktenbörse vom 7. November.

Amtliche Notierungen der an der Breslauer Produktenbörse vom 7. November 1927 gezahlten Preise in Reichsmark bei sofortiger Bezahlung (nur für Kartoffeln gilt der Erzeugerpreis) frachtfrei Breslau in vollen Waggonladungen. Tendenz: Getreide: Stetig. — Oelsaaten: Behauptet. — Kartoffeln: Freundlicher. — Mehl: Ruhig.

Tägliche amtliche Notierungen (100 kg).

Getreide:	7.	5.	Oelsaaten:	7.	5.
Weizen 74 kg)	26,20	26,20	Winterraps*	33,00	—,—
Roggen 71 „)	26,00	26,00	Leinsamen*	36,00	—,—
Hafer*	22,80	22,80	Senfsamen*	33,00	—,—
Braugerste, gute	27,00	27,00	Hanfsamen*	—,—	—,—
Braugerste*	25,00	25,00	Blaumohn*	74,00	—,—
Industriegerste einschl. Winterg.*	22,00	22,00			

* Mittlere Art und Güte.

Speise-Kartoffeln (Erzeugerpreise) frachtfrei Breslau: Rote und weiße je 2,80, gelbe 2,60.

Fabrikkartoffeln (in Pf. je nach Stärke-Prozent) 0,13 je nach Lage der Verladestation des Erzeugers.

Amtliche Notierung für Mühlenerzeugnisse (je 100 kg):

	7.	5.		7.	5.
Weizenmehl	37,00	37,00	Auszugmehl	42,00	42,00
Roggenmehl	36,00	36,00			

Die Preise verstehen sich bei Weizen- und Roggenmehl für Type 70 Proz. feinere Sorten werden höher bezahlt.

Sie tun es für sich,

aber auch für Ihre Umgebung, wenn Sie "4711" regelmäßig gebrauchen. Sie selbst empfinden den belebenden Duft als eine Wohltat für Ihre Nerven. Die Frische, die "4711" um Sie verbreitet, wirkt angenehm und wohltuend auch auf andere.

4711 Kölnisch Wasser

4711 Kölnisch Wasser-Seife * 4711 Kölnisch Wasser-Badesalz

Die „Frauenwelt" den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt"

Eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes.

Preis 30 Pf.

Zu bestellen bei allen Zeitungsträgern.

Druckerei Volkswacht

BRESLAU 2

Flurstraße 4/6

übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.

Spezialität: Massenauflagen (Rotationsdruck)

Parteifreunde

Restaurants, Cafés

Arbeiter-Sport.

An alle Kartellvereine!

Die Kartellversammlung muß wegen zwei großen Veranstaltungen am 9. und 10. November bis Mittwoch, den 23. November verlegt werden.

Kanufahrer! Genossen, die Bestellungen auf Skier aufgegeben haben, oder aufgeben wollen, werden gebeten, bis zum 11. November 50 Prozent des Preises als Anzahlung bei Genossen Henschel zu leisten. Am Donnerstag, den 17. November, 19 Uhr, im Bootshaus, findet unsere erste Uebungsstunde für Skifahrer, Anfänger und Fortgeschrittene, statt. Skier sind noch nicht mitzubringen, dafür Sportkleidung.

Touristen-Verein: „Die Naturfreunde". Heute, Dienstag, 20 Uhr, Sprechchor. Probe in der Bender-Schule. Alle erscheinen. Donnerstag, 18 Uhr, Kinderprobe im Gewerkschaftshaus. Zimmer am schwarzen Brett ersichtlich. Wer Wintersportgeräte oder Teilausrüstung bestellt hat oder benötigt, muß Freitag um 19.30 Uhr im Gewerkschaftshaus erscheinen.

Freie Turnerschaft Breslau, e. V. (Pöpelwitz, Siedelung). Turnhalle Klodnitzstraße. Jeden Dienstag und Freitag, abends von 18 Uhr ab, Turnen der Schüler, und von 19.30 Uhr ab Turnen der Männer- und Jugendabteilung. Aufnahme neuer Mitglieder in jeder Turnstunde beim Turnwart.

Freie Turnerschaft, 1. Frauen- und Mädchenabteilung. Am Mittwoch, den 9. November, fällt unser Turnen aus. Wir treffen uns 7.30 Uhr vor dem Gewerkschaftshaus zum Besuch der Revolutionsfeier.

7. Abteilung. Freitag, den 11. November, abends 9 Uhr, Versammlung bei Kipke, Frankfurter Straße 72.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Breslau. Ab Freitag, den 11. November, abends 7.30 bis 9.30 Uhr, beginnt das Winter-Training in der Turnhalle Kreuzstraße, Ecke Sternstraße. Die Turnstunden werden geleitet von Sportgenossen Paff, Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Freitag treffen sich alle Genossen 7.15 Uhr an der Ecke Sternstraße, Kreuzstraße.

Arbeiter-Stenographenverein „Arends". Unsere nächsten beiden Uebungsstunden im Zwinger-Gymnasium am Mittwoch, den 9. November (Revolutionsfeier) und Mittwoch, den 16. November (Bußtag), fallen aus.

1. Arbeiter-Angler-Verein Breslau. Donnerstag, den 10. November, 19.30 Uhr, Mitgliederversammlung im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses.

Eingesandt.

Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir diejenigen Zuschriften aus unserem Leserkreise, für die wir nur die preßgesetzliche Verantwortung übernehmen.
Die Redaktion.

Schauderhafte Zustände

bestehen im städtischen Grundstück Nikolaistraße 40. Es wohnt dort ein gewisser M. Pirnike, dessen Frau die Hausbereinigung hat. Dieser Mann bedroht Mieter mit Prügeln und Totschlag. Am Donnerstag hat er eine Frau von 64 Jahren im dunklen Hausflur verprügelt, so daß sie davon ganz krank ist. Man weiß gar nicht, wie man sich vor ihm schützen soll. Er hat auch gedroht, das ganze Haus umzudrehen und alles kurz und klein zu schlagen. Die Polizei meint, wenn er Leute schlägt, sollen sie ihn dafür wieder verhauen, doch das ist leichter gesagt als getan. Vielleicht nimmt aber der Magistrat dazu Stellung. Mehrere Mieter.

Familien-Anzeigen

Sonntag, den 6. November, verschied plötzlich und unerwartet meine liebe, gute Gattin, unsere Mutter, Schwester, Schwägerin, Schwiegertochter und Tante

Frau Antonie Kruber

im Alter von 61 Jahren.
Dies zeigt schmerzerfüllt an
Breslau, den 7. November 1927
Enderstraße 22 917
Der trauernde Gatte
August Kruber
nebst Sohn und Anverwandten.
Einäscherung: Mittwoch, den 9. Novbr., nachm. 5 Uhr, im Krematorium Gräbschen.

Am 5. November, vormittags 9 Uhr, verschied nach längerer, schwerer Krankheit meine liebe Frau, unsere herzensgute Mutter

Frau Gertrud Böer
geb. Hirsch

im Alter von 87 Jahren.

Ihr einziger Wunsch, noch einmal gesund zu werden, sollte ihr doch nicht erfüllt werden.

Breslau, den 7. November 1927.

In tiefstem Schmerz
Paul Böer nebst Kindern.
916

Die Einäscherung findet am Mittwoch, den 9. November, vormittags 11 Uhr, im Krematorium in Gräbschen statt.

Am 6. November entriß mir der Tod nach kurzem Leiden meine geliebte, gute, brave Frau, unsere herzensgute, treue Pflegemutter

Frau Selma Etzler
geb. Ullrich

im 67. Lebensjahre. 914
Wer die Heimgegangene kannte, wird unseren großen Schmerz begreifen.
In tiefster Trauer
Ernst Etzler als Gatte
Gretel und Herbert als Pflegekinder.
Beerdigung: Donnerstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle III in Gräbschen aus

---

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands.
Am 4. November verstarb unser Verbandskollege, der Schlosser vom W.-A. 5

Karl Brischalle

im Alter von 40 Jahren. 5932
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Dienstag, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Coseler Friedhofes aus.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands.
Am 5. November verstarb unser Verbandskollege, der Betriebsrat Aushilfs-Weichenwärter

Max Nickel

von der Bm. Brockau, im Alter von 28 Jahren.
Ein ehrendes Andenken werden ihm bewahren
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, nachmittags 2 Uhr, von dem Krankenhause der Elisabethinerinnen nach dem Gräbschener Friedhof. 5931

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Donnerstag, den 3. November, 6 Uhr abends, verstarb unser Freund u. Verbandskollege, der Klempner

Franz Matyssek

im Alter von 42 Jahren.
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.
Beerdigung: Mittwoch, den 9. November, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes in Gräbschen. 5930

Große Versammlung

im **großen Saal der Börse, Graupenstr. 15,**
am **Donnerstag, den 10. Nvbr., abends 8 Uhr**

„Die Bank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H. in Vergangenheit und Gegenwart".

13084

Alle Sparer der Bank f. Haus- u. Grundbesitz sind eingeladen
Eintritt: **Nur** gegen Vorweisung des Sparbuches.
Uebertragung ist unzulässig! **Der Vorstand.**

---

13. Q. 89/27.

Beschluß.

In Sachen

1. der Großorganisation für Haus- und Grundbesitz, Schlesien, e. V. zu Breslau, Neue Graupenstr. 2, vertreten durch den Vorstand,
   a) Dr. Max Hahn-Brixen zu Breslau 13, Körnerstraße 16,
   b) den Geschäftsführer Hermann Rückert zu Breslau, Alexisstr. 14,
   c) den Schatzmeister Emil Lipinski zu Breslau, Monhauptstr. 10,
2. der Bank für Haus- und Grundbesitz e. G. m. b. H. in Breslau, Neue Graupenstr. 2, vertreten durch den Vorstand:
   a) Dr. Max Hahn-Brixen zu Breslau 13, Körnerstraße 16,
   b) Herrn Bankdirektor Paul Hahn zu Breslau, Clausewitzstr. 11,
3. des Herrn Dr. med. Max Hahn-Brixen zu Breslau 13, Körnerstraße 16, Antragsteller,

— sämtlich vertreten durch den Rechtsanwalt Kenhardt in Breslau, Tauentzienstr. Nr. 9 —

gegen

1. Hugo (Hans Hanteda) Fleischmann zu Breslau, Höfchenstraße Nr. 48,
2. Hans Lennee zu Breslau, Höfchenstr. 48,
3. Frau Maria Fleischmann zu Breslau, Höfchenstraße 48, Antragsgegner,

wird im Wege der einstweiligen Verfügung, und zwar bei der Dringlichkeit des Falles ohne vorherige mündliche Verhandlung angeordnet:

Den Antraggegnern wird zur Vermeidung einer Haftstrafe von 3 Tagen für jeden Fall der Zuwiderhandlung verboten, über die Person der Antragsteller in der Wochenzeitschrift „Freie Meinung" falsche Behauptungen zu verbreiten.

Die Kosten des Verfahrens tragen die Antragsgegner.

Breslau, den 4. November 1927.

13083 **Das Landgericht.**

Stadttheater
Dienstag
20 bis nach 22.15
6. Ab.-Vorst. Serie A
Jonny spielt auf.
Mittwoch 13074
20 bis nach 22.15:
6. Ab.-Vorst. Serie B
Einmalig Gastspiel
Kammersänger
George Baklanoff
„Tosca"
Donnerstag
20 bis 22.30 Uhr:
6. Ab.-Vorst. Serie E
In vollständiger
Neuinszenierung:
„Mona Lisa"

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 13073
Tel. Stephan 36300.
Täglich 20 Uhr:
„Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren!"
Sonntag 15½ Uhr:
„Gräfin Mariza".

Lobe-Theater.
Tel. Ring 6774.
Dienstag 15.30 Uhr:
Zu kleinen Preisen!
„Clavigo"
von Goethe.
Dienstag 20 Uhr
und täglich:
„Penthesilea"
von Kleist.

Thalia-Theater
Tel.: Ring 6700.
Täglich 20 Uhr:
Grenadier Felsing
von Ernst Geyer.
3074

Hubertus-Säle
Friedrich-Wilhelm-Str. 32
Heute Dienstag:
Großer Tanz
4738 **Anfang 8 Uhr.**

Dixin
Das dankbare Seifenpulver

Grösste Ergiebigkeit und hervorragende Waschwirkung! Dixin ist für jedes Waschverfahren geeignet. Besonders vorteilhaft auch für die Maschinenwäsche!

Und zum Bleichen Sil! Mitverwendung von Sil erspart in jedem Falle das zweimalige Kochen und gibt prachtvoll weisse Wäsche von duftender Frische!

Die beliebten Wintermäntel 15 Mk.
in **solidesten Stoffen** sind wieder aus Arbeit (auch für starke Frauen)
Ein Posten **Kinder- u. Mädchen-Mäntel 6.50**
M. Berger Nachfolger
Damen-Mäntelfabrik **Nur** Ohlauer Straße 80

Leihweise elegante
Frack- u. Rock-Anzüge 9936
Herm. Mohaupt
Karlstraße 1, I. Tel. R. 1301
früher Albrechtstraße.

Leihweise elegante
Frack- Rock- und Smoking-Anzüge
A. Patalong
Schneidermeister 9308
Bischofstraße 3.

Druckerei Volkswacht
fertigt moderne Drucksachen
Breslau 2 Flurstraße 4/6

Verkäufe

15 Handwagen all. Art, Lewin Klosterstr. 68

Nußbaum-Schrank 13083
130 cm breit, zu verkaufen
Weinstraße 54, IV. lks.

Violinen
alte und neue
gut im Ton
10.—, 12.—, 18.—, 25.— usw.
Ital. Mandolinen
Lauten, Gitarren etc.
Schallplatten
ca. 2000 Stck., stets Neuheit.
Beste Waren, billige Preise.
Musik-Liedecke
Breslau I, Stockgasse 3
Fernruf R. 8039. 12085

Fesche 12071
Damen-Mäntel
reinwoll., von **15 Mk.** an, auch mit Besatz. Beste Ware.
Pelzbesätze alle Arten
für Mäntel und Kostüme, allerbilligst. sofort aufnähen.
Urban Karlstr. 1, 2. Stock Ecke Schweidn. Str.

Brennholz Sägespäne
gibt allerbilligst ab 4737
Bresl. Holzbearbeitungsfabrik, Posener Str. 74.

Abbitte!
Die Beleidigungen und Bedrohung gegen Frau **Seel** nehme ich mit Bedauern zurück. 915
Frau Fuhrmann
Brigittental 2.

Kleine Anzeigen
sind kompreß gesetzte einspaltige Anzeigen von Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. **nur von Privaten.** Wort 3 Pfennige, fett 4 Pfennige.

Straßenbahner sucht Hausbereinigung in besserem Hause. Zu erfragen im Friseurgeschäft Matthiasstr. 138.

Nußbaum-Trumeau verk. Marthastraße 18, I. r. 911

1 Herrenrad verk. Sperling, Bärenstraße 32, I. 912

Leihweise
Frack-
Rock- u. Smoking-Anzüge
nur neueste Fassons
C. P. Pätzold
Königstraße 7/9, I.
1907 Kißling-Ausschank.

Zu der „Volkswacht" haben Stellen-Angebote
infolge ihrer großen Verbreitung in Arbeiterkreisen besten Erfolg

---

Arbeitsmarkt

2 Korbmacher
nur gute Mattarbeiter, sucht
P. Pilz, Städtel Leubus.

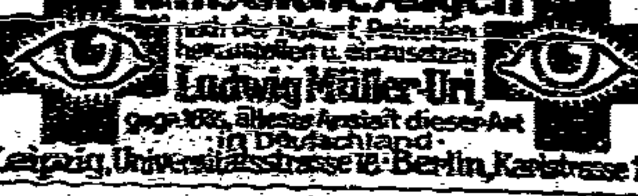
Reste
in Serge, Kittel, Leinwand, Aermelfutter u. Roßhaare sehr billig. Watteline Mtr. 2 Mk., Garn 1000 Mtr. 25—80 Pf., Makko-Schnürsenkel 100 Paar 2—8 Mk., Knöpfe Dutzend 3—10 Pf., Kernseife Riegel 13 Pf., 1 Dose Erbes 15—90 Pf., alles prima Ware
Detail und Engros
Bertold Lippert
Heinrichstraße 16
Filiale Oderstraße 12.

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Kaufm. Lehrling 13081
für unsere Warenexpedit. gesucht. Bedingung gute Handschrift u. guter Rechner. Persönl. Vorstellung unter Vorlegung v. Schulzeugnis und selbstgeschriebenem Lebenslauf, täglich 4—5 Uhr nachm. bei **Frey & Co., Beleuchtungskörperfabrik, Berliner Platz 15.**

Vom **7. bis 11. November** bin ich in **BRESLAU**, **Hotel Rom**, Ecke Bischof- und Albrechtstraße, um [4014

künstliche Augen



nach der Natur f. Patienten herzustellen u. einzusetzen
Ludwig Müller-Uri
gegr. 1835, ältestes Institut dieser Art in Deutschland.
Leipzig, Universitätsstrasse 16 · Berlin, Karlstrasse 15

Mollige Joppen
Oskar Dehmel

Adomunin
bei Husten, Heiserkeit usw.
in allen Apotheken erhältlich
Carl Adamy
(Mohren-Apotheke)

Die Volksschule als Einheitsschule
Von Dr. Max Apel.

Des Volkes Wohl ist meiner Arbeit Ziel!

Friedrich Ebert, Schriften — Aufzeichnungen — Reden

Das große Gesamtwerk des ersten deutschen Reichspräsidenten und sozialistischen Kämpfers. Herausgegeben von Friedrich Ebert jun. Eingeleitet durch ein umfangreiches Lebensbild Friedrich Eberts aus der Feder von Paul Kampffmeyer. Mit unveröffentlichten Erinnerungen aus dem Nachlaß.

2 Ganzleinenbände mit 16 Bildern 15.00 Mark.

Emil Felden, Eines Menschen Weg
Ein Fritz Ebert-Roman — Ganzleinen 5.00 Mark.

Volkswacht-Buchhandlungen Neue Graupenstr. 5, Neue Taschenstr. 1

Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Zimmer; für die Anzeigen: Max Tockus. — Redaktion: Fränkelplatz 8. — Hauptexpedition: Flurstraße 4. — Druck u. Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 8. November.

Frauenfragen — Bevölkerungspolitik

Ueber diese beiden Abschnitte des Linzer Parteiprogramms der österreichischen Sozialdemokratie sprach am siebenten Abend des Parteilehrgangs die Genossin Zils-Eckstein. Die Rednerin wies einleitend darauf hin, daß im Heidelberger Programm ein Abschnitt „Frauenfragen“ nicht enthalten ist, doch fänden sich einzelne Forderungen in anderen Abschnitten verstreut. Der betreffende Abschnitt des Linzer Programms beginnt mit der Feststellung, daß die Sozialdemokratie die Vorurteile bekämpft, die sich der Gleichberechtigung der Frauen entgegenstellen. Diese Forderung — schon seit 40 Jahren immer von der Sozialdemokratie vertreten — muß auch heute noch mit allem Nachdruck erhoben werden, sie stand bereits im Erfurter Programm, ist aber bis heute Papier geblieben.

Die mindere Einschätzung der Frau zeigt sich auf allen Gebieten: in der Höhe des Arbeitslohnes, im Anrecht auf einen Arbeitsplatz. Hier verlangt man immer zuerst, daß eine Frau ihn räume, wenn sie nicht unbedingt vom Erwerb zu leben gezwungen ist. Einen Mann, der wirtschaftlich durch Vermögen oder ähnlich gesichert sei, aus dem Arbeitsprozeß zu verweisen, ist noch niemandem nötig erschienen. Hier müssen wir um des Grundsatzes willen den gleichen Maßstab anlegen. Außerdem erwirbt nach unserer Auffassung der Mensch — auch die Frau — erst durch die Arbeit das Recht auf Leben. Die wirtschaftliche Gleichstellung und Selbständigkeit gibt der Frau erst Möglichkeiten, sich als Persönlichkeit zu entwickeln. Daß es z. B. organisierte, also bewußt kämpfende Frauen erst gibt, seitdem bezahlte Arbeit von Frauen geleistet wird, ist kein Zufall.

Die höhere Würdigung der gesellschaftlichen Funktion, die die Frau als Mutter und Hausfrau ausübt, ist eine weitere große Forderung. Es wird sich hier um erhöhten Schutz der Mutter, um größte soziale Fürsorge und deren gesetzliche Verankerung handeln.

Weiter soll die Frau vor Ueberbürdung durch doppelte Arbeit im Erwerb und im Haushalt zugleich geschützt werden. Die Statistik zeigt heute eine große Zunahme der Frauen-Erwerbsarbeit; sie ist nicht nur — wie viele glauben — ein vorübergehender Zustand bis zur endgültigen „Versorgung“ in der Ehe. Die Frauen vor Ueberlastung zu schützen, ihnen Gesundheit und Erholungsmöglichkeit zu sichern, ist gleichzeitig eine der wichtigsten kulturellen Forderungen.

An praktischen Einzelforderungen zur Durchführung dieser Grundsätze erhebt das Linzer Programm eine ganze Reihe, so

die Aufhebung aller Gesetze, welche die Frauen rechtlich benachteiligen,

die Gleichstellung mit dem Mann im öffentlichen Dienst,

das Verbot gesundheitschädlicher und dem Frauenorganismus besonders nachteiliger Beschäftigung,

die Erleichterung der Haushaltsarbeit durch zweckdienliche Einrichtung der Arbeiterwohnungen im Rahmen des gemeinnützigen Wohnungsbaues.

Wir haben den letzteren zwar auch, jedoch hat man an die erste Forderung kaum noch gedacht. Wien war die erste Stadt, die im gemeinnützigen Wohnhausbau einen weiblichen Architekten beschäftigte.

Wenn die Frauen selbst hier nicht so rückständig wären, könnten wir viel weiter sein. Es wird kaum irgendwo so viel Zeit und Kraft unnütz vertan, wie in den umständlichen Unbequemlichkeiten des heutigen Haushalts.

Um den Frauen, die oft notwendig mit zu Brote arbeiten müssen, die Sorge um die Kinder zu nehmen, sind Heimstätten und Krippen für diese zu schaffen; die Aufnahme muß unentgeltlich sein, damit die Frau nicht wieder einen erheblichen Teil ihres Verdienstes opfern muß.

Die Gleichstellung von ehelichen und unehelichen Kindern in jeder Beziehung schließt als Forderung diesen Teil des Programms ab.

Wegen vorgeschrittener Zeit mußte der Teil „Bevölkerungspolitik“ kürzer behandelt werden. Er beginnt mit der Feststellung, daß mit steigender Kultur der Volksmassen die Geburtenzahl sinkt. Eine notwendige Folgerung sei, daß alles getan werden müsse, um die Sterblichkeitsziffer, vor allem der Kinder, zu senken.

Die bürgerliche Gesellschaft wünsche die große Kinderzahl im Proletariat und propagiere sie als vaterländische Pflicht. In Wirklichkeit schafft sie aber eine große Reserve-Armee, die den Aufstieg des Proletariats sehr hemmt. Daher ist Geburtenbeschränkung im Proletariat nicht ein Zeichen sinkender Moral, sondern ein Zeichen steigender Verantwortung vor den kommenden Geschlechtern. Gründe gegen diese Beschränkung, die auf kommenden Mangel an Arbeitskräften verweisen, sind sehr fadenscheinig. Die Technik vervollkommnet sich so sehr und so rasch, daß dieser Mangel voll ausgeglichen wird.

Als Mittel der Geburtenbeschränkung sind die Verhütung der Empfängnis und die Abtreibung zu nennen. Das erstere ist bei weitem wichtiger. Hier will das Linzer Programm die Hilfe öffentlicher Beratungsstellen und der Krankenkassen, damit eine Ausbeutung des Volkes verhindert werde. Rat und Fürsorge, nicht Strafe, ist der Grundsatz.

Die Unterbrechung der Schwangerschaft soll unter bestimmten Voraussetzungen zulässig sein, so auch, wenn ein lebensuntüchtiges Kind zu erwarten ist oder wenn das weitere Kind wirtschaftlich nicht mehr zu ertragen wäre und die Erziehung der schon vorhandenen Kinder dadurch gefährdet würde. Die Operation ist unentgeltlich von Aerzten in einer Heilanstalt vorzunehmen. Damit werden die Gefahren der Selbsthilfe und des Kurpfuschertums gebannt; was das bedeutet, wird an der Zahl der heimlichen Abtreibungen in Deutschland klar. Sie betragen schätzungsweise eine halbe Million pro Jahr. In Rußland ist die Unterbrechung der Schwangerschaft freigegeben und hat zu einem ständigen Rückgang dieser Maßnahmen geführt, je mehr sich die wirtschaftliche Lage besserte.

Wenn die Bürgerlichen große Töne von der „Höherführung der Rasse“ und ähnlichem reden, müssen sie auch alle Möglichkeiten gutheißen, die den wirtschaftlichen Aufstieg des Proletariats gewährleisten. Im Elend bis zum äußersten gebären lassen und zugleich über wachsende Verwahrlosung zetern, ist ein Unding.

Auch für den Kampf gegen die Sterblichkeit fordert das Programm weitgehende öffentliche Maßnahmen, vor allem wieder Schutz und Hilfe für die werdende Mutter und die Jugend.

Diese Forderungen sind so wichtig, ihre Besprechung so anregend, daß wir sie in unseren gesamten Frauenabenden besprochen, von allen Genossinnen gelesen wissen möchten. Die steigende Aufklärung der Frauen und ihre eigene Kraftentfaltung rückt die Erfüllung in größere Nähe.

Hier wertvolle Anregung gegeben und dringende Notwendigkeiten aufgezeigt zu haben, danken wir der Genossin Zils-Eckstein. Vor allem aber könne wir selbst innerhalb der Partei und im Hause den Frauen schon vielfach zu gleichem Recht und gleicher Wertung verhelfen.

Nachwort zum Heydebrand-Prozeß

Kr. Der Mordprozeß gegen Herrn v. Heydebrand hat mit der Freisprechung des Angeklagten geendet, mit einer Freisprechung, die nicht nach dem alten Rechtsgrundsatz „Im Zweifel für den Angeklagten“ aus Mangel an Beweisen stattgefunden hat, sondern weil das Gericht seine Unschuld als erwiesen ansah.

Ehe wir unsere Meinung über die einzelnen Ergebnisse der Verhandlung und über die Führung des Prozesses zum Ausdruck bringen, wollen wir feststellen, daß wir mit dem Urteil selbst durchaus einverstanden sind, und zwar wiederum nicht nur mit der Freisprechung an sich, sondern auch mit der Freisprechung, weil die Unschuld des Angeklagten erwiesen sei. Wir sind zwar nicht der Meinung, daß tatsächlich alle Verdachtsgründe, die für eine eventuelle Schuld des Herrn v. Heydebrand sprechen, einwandfrei widerlegt worden sind, sondern sind der Meinung, daß an sich nach wie vor einzelne Umstände für eine Schuld des Herrn v. Heydebrand sprechen. Wir gönnen ihm aber trotzdem gern die Entscheidung des Gerichts, weil wir wissen, daß ein Freispruch aus Mangel an Beweisen bei den herrschenden Anschauungen in der sogenannten guten Gesellschaft seine gesellschaftliche Aechtung bedeuten würde. Wir halten zwar ein solches Verhalten für eine unglaubliche Roheit, aber gerade in der sogenannten guten Gesellschaft und besonders in den hochmütigen und von falschen Ehrvorstellungen moralisch verseuchten Adelskliquen ist diese Roheit, wie die Erfahrung beweist, gang und gäbe. In diesem Falle müßte um so mehr eine solche gesellschaftliche Diffamierung des Angeklagten befürchtet werden, als der dem Prozeß zugrundeliegende Fall sowieso schon eine bittere Feindschaft zwischen den verschiedenen Adelskliquen Schlesiens erzeugt hat. Einen Vorgeschmack von dieser gesellschaftlichen Aechtung hat die Berichterstattung der „Schlesischen Volkszeitung“ gegeben, die ihren Bericht über die Sitzung des Gerichts, in der der Oberpfarrer Schäfer seine Beschuldigungen gegen den Angeklagten erhob, überschrieb: „Herr v. Heydebrand gesellschaftlich erledigt“ oder so ähnlich. Wirklich ein kostbarer Beweis für die christliche Nächstenliebe dieses christlichen Blattes.

Wenn wir nun in unseren Betrachtungen über das Urteil und die Prozeßführung auf einige Punkte hinweisen müssen, in denen uns doch noch ein Verdacht gegen den Angeklagten zu bestehen scheint, so tun wir das nicht, um das Urteil des Gerichts selbst in der öffentlichen Meinung zu erschüttern. Aber wir können das nicht umgehen, da ohne das eine Besprechung des Prozesses nicht möglich ist.

Zunächst sei gesagt, daß die Urteilsbegründung in der Reinwaschung des Angeklagten doch wohl etwas zu weit geht. Auch wenn man sich auf den Standpunkt des Gerichts stellt, daß die Unschuld des Angeklagten erwiesen ist, ist es durchaus nicht nötig, zu leugnen, daß das Charakterbild des Angeklagten nicht in der idealen Reinheit erstrahlt, wie die Urteilsbegründung es darstellt. Das Gericht schadet sich nur selbst, wenn es so weit geht, zu sagen, es stünde fest, daß der Angeklagte nicht aus gewinnsüchtigen Gründen seine zweite Ehe eingegangen sei und daß er keinerlei Zeichen von Geldgier gezeigt habe. Das erscheint gegenüber den einwandfreien Feststellungen, die über die Behandlung der Geldangelegenheiten durch den Angeklagten in seiner zweiten Ehe gemacht worden sind, ziemlich grotesk. Wenn man seine Ehefrau mit Zahlungsbefehlen bombardiert, so ist das gerade kein Beweis von Mangel an Geldgier. Ebenso, wenn man, um in die Scheidung zu willigen, 400 000 Mark Abstand verlangt. Es war auch gar nicht nötig, so weit zu gehen, um zu dem erwähnten Urteil zu kommen. Wir sind der Meinung, daß hier das Gericht etwas überbewiesen hat. Das Gericht hat das natürlich getan, um zu zeigen, daß auch kein Motiv für die Mordtat bestand, aber selbst wenn man das Vorhandensein eines solchen Motives zur Mordtat annimmt, ist damit noch nicht gesagt, daß deshalb die Unschuld nicht erwiesen sei. Die übermäßige Anwendung des alten juristischen Grundsatzes „cui bono“, das heißt der Frage danach, wer von einem Geschehnis den Nutzen hat, als Beweismittel, hat in der Geschichte der Rechtsprechung schon viel Unheil angerichtet. Als Anhaltspunkt für die Richtung der Untersuchung ist der Grundsatz sehr gut, aber er eignet sich unseres Erachtens so lange nicht dazu, ein Indizium, einen Grund für eine Verurteilung zu bieten, als nicht die erhobenen Tatsachenfeststellungen einwandfrei mit ihm übereinstimmen. Nur wer den Wert dieses Grundsatzes als Beweismittel überschätzt, kann sich veranlaßt sehen, für den Fall der Freisprechung auch gegen die Tatsachen zu behaupten, daß Geldgier nicht vorgelegen habe. Selbst wenn diese Geldgier festgestellt ist, wäre sie in diesem Falle um so weniger beweiskräftig, als auch die Verwandten des Angeklagten, die den ganzen Prozeß erst ins Rollen gebracht haben, das lediglich aus Geldgier getan haben. Ist doch der ganze Prozeß, und das ist das Traurigste an der ganzen Angelegenheit, im Grunde nichts weiter als ein Raufen zweier adliger Familienkliquen um ein großes Vermögen. Wie sehr diese Reinwaschung des Angeklagten durch das Gericht zu weit geht, zeigt auch die Tatsache der Rentenfestsetzung. Ein Mann von wirklichem Ehr- und Feingefühl wird ohne jede Gegenleistung auf die Verwaltung des Vermögens seiner Frau verzichten, wenn die Frau ihr Vermögen selbst verwalten will. Und wird das auch tun trotz unseres veralteten ehelichen Güterrechts.

Sodann aber müssen einige kritische Bemerkungen über die Prozeßführung gesagt werden. Ganz allgemein ist in der Oeffentlichkeit aufgefallen die große Rücksicht, die die Staatsanwaltschaft auf den Angeklagten genommen hat. Wenn man sich die Berichte der verschiedenen Zeitungen aller Richtungen über den Prozeß ansieht, so begegnet einem immer wieder die Aeußerung, daß der Staatsanwalt mehr als Verteidiger als als Ankläger fungiert habe. Wir sind an sich mit einem solchen Verhalten der Staatsanwaltschaft ebenfalls durchaus einverstanden, denn der Staatsanwalt hat nicht nur die Aufgabe, einen Angeklagten hineinzulegen, sondern seine Aufgabe ist vor allem, die Wahrheit finden zu helfen, und er ist daher ebenso verpflichtet, alles den Angeklagten Entlastende vorzubringen wie alles ihn Belastende. Hier kam nun noch hinzu, daß die Staatsanwaltschaft von vornherein von der Unschuld des Angeklagten überzeugt war und daß das Verfahren gegen ihren Willen eröffnet worden ist. Trotzdem war es nicht gerechtfertigt, hierbei jede Belastung des Angeklagten abzuwehren und die den Angeklagten belastenden Zeugen ungebührlich zu behandeln, wie es im Fall des Oberpfarrers Schäfer geschah. Auch war es nicht nötig, daß die Staatsanwaltschaft so weit ging, nicht auch alles Belastende anzuführen. In dieser Beziehung scheint aber die Staatsanwaltschaft — das ist auch unser Eindruck — sich auf Grund der Meinung, die sie sich einmal von der Sache gebildet hatte, doch sehr beschränkt zu haben.

So sind denn auch mehrere wichtige Punkte unseres Erachtens nicht genügend aufgeklärt worden, zum Beispiel ist unseres Erachtens die Frage nicht genügend untersucht worden, ob tatsächlich die Verstorbene an Paralyse gelitten hat oder nicht. Die Gutachten der Aerzte, die die Behauptung aufgestellt haben, daß die Verstorbene an Paralyse litt, scheinen uns doch nicht übermäßig beweiskräftig zu sein, da die Aerzte

Theater und Musik.

Thaliatheater.

Uraufführung „Grenadier Felsing“, Schauspiel von Ernst Geyer.

Die Aufführung brachte dem Thalia-Theater einen lebhaften Erfolg.

Das Stück ist sehr einfach und von überzeugender Wahrhaftigkeit. Eine echte Tragödie, mit Naturnotwendigkeit erwachsend aus dem Urleben des Menschtums: aus dem Triebhaften, dem starken, geheimnisvollen, gut-bösen, gewaltigen Antrieb all unseres Seins, das von Besinnung und Vorstellung vielleicht gelenkt und gezügelt, nie aber von „Gründen“ beherrscht werden kann, und ging es um Tod und Leben.

Grenadier Felsing, ein Soldat des „Alten Fritz“, hat in einer Schlacht eine furchtbare Verwundung erlitten: Eine Kugel hat sein Geschlecht zerstört. Seine junge, heiße Frau ist ihm dennoch jahrelang treu und leidet tapfer in diesem schweren Beieinandersein, während der Mann an Kriegserinnerungen und Kriegshoffnungen sein schwankendes Selbstbewußtsein aufrecht erhält. Eines Tages jedoch, während die Soldaten und Frauen in Felsings Haus zusammensitzen, verrät ein betrunkener Kamerad Felsings Unglück. Obwohl niemand dem Betrunkenen zu glauben scheint, packt den Grenadier nun die Angst, zum Gespött zu werden. Verwirrt und etwas geschwächt an Geist und Haltung, wie er durch seine furchtbare Verstümmelung ist, kommt ihm der folgende Gedanke. Wenn seine Frau ein Kind zur Welt bringt, muß das Gerede der Leute verstummen. Rosenegk, ein eleganter Unteroffizier bei dem Garde du Korps, stellt ihr schon längere Zeit nach. Von ihm soll sie ein Kind haben. Ihrem Manne zu liebe — so rechnet in seiner Not der arme Grenadier — soll die Frau ihren Leib einem anderen geben, ihr Herz aber dem Gatten bewahren. Die Frau, die bisher nur mühsam ihr drängendes Blut gebändigt hat, [illegible] aber der verblendete Mann berechnet nicht die Gewalt des Triebhaften, dessen reißenden Strom er nun in sein und ihr Leben leitet, sondern sieht nur die Möglichkeit, vom drohenden Hohn befreit zu werden.

Das Unvermeidliche geschieht: Das Körpererlebnis verwandelt mit der magischen Gewalt, die ihm eigen ist, die Frau von Grund auf. Sie fühlt sich von ihrem Mann, der sie selbstsüchtig zu opfern scheint, verlassen. Sie liebt Rosenegk, der die volle Flut ihres schönen, starken Daseins, die jahrelang ängstlich gehemmt war, wieder entfesselt, und — da der unkundige Mann ahnt, sie beschimpft, bereut und in leidenschaftlich-zärtliche Eifersucht ausbricht — empfindet vor dem Verstümmelten, was sie früher nie empfand: Ekel. Unfähig zu Rücksicht und Vorsicht bekennt sie furchtlos ihre Verwandlung, die unfehlbar und unabänderlich wie die Natur selbst ist. Rosenegk kommt in diesem Augenblick ins Zimmer und Felsing erschlägt ihn.

Diese Vorgänge sind erfunden und dargestellt von einem Dichter, dessen Wissen um das Menschtum in seiner Triebhaftigkeit bedeutender ist und gewaltiger wirkt als die wissenschaftlich informierte Kenntnis und geschäftige Feinarbeit der meisten „psychologischen“ Autoren. Und dies, obwohl das Stück Mängel und Schwächen hat! So stark und sicher wirkt echt menschlicher und echt tragischer Stoff!

Wie gesagt: es hat Schwächen: Gleich im ersten Akt, wenn die Soldaten beieinandersitzen und aus nichts ein Gespräch machen, stockt der Fluß der Spannung. Dergleichen Stockungen kommen öfter vor; auch der lange Zweifelsausbruch Felsings in der Gartenszene ist eine Stockung, wie denn überhaupt die Sentimentalitäten und Visionen des armen Grenadiers immer als Unterbrechungen der Handlung wirken. Das hat seinen Grund darin, daß dem Dichter außer dem starken Grundstoff nur wenig eingefallen ist.

Vielleicht die schönste und wirksamste Erfindung im Rahmenwerk des Stückes ist die Gestalt des Regimentskantors, der in musisch-angeregter Beflissenheit, ohne zu ahnen, was vorgeht, die Spannungen und verdeckten Katastrophen mit Versen begleitet und erst an der Leiche des erschlagenen Rosenegk [illegible] greift. Diesen Kantor spielte Alfred Scherzer so magisch, so rührend und erheiternd und so unheimlich im Kontrast zur Gesamtstimmung, daß ein großer Teil des Erfolges ihm zu danken ist.

Jedoch gebührt im Grunde Lili Barnay das erste Wort. Es ist schön zu beobachten, wie Frau Barnay immer wächst und sich vertieft. Sie gibt Lili Felsing, die Frau des Grenadiers, so gut und ohne Schwüle aus echter Naturkraft heiß, so warm und glücklich in ihrer Hingabe, so einfach in ihrem ganzen Wesen, daß sie nicht nur überzeugt, sondern von Anfang an die Herzen der Zuschauer gewinnt. Die Soldaten sind samt und sonders nicht recht wohlgeraten. Es ist offenbar schwer — Wallensteins Lager scheitert immer daran! — Soldaten aus alter Zeit darzustellen. Selbst ein im übrigen so erfolgreich gestaltender, stimmungssicherer Regisseur wie Dr. Franz Joseph Engel vermag unter der romantisch biderb-bierheisernen Schale nicht recht den menschlichen Kern der Gestalten zu beleben. Sigurd Lohde als Kasper Felsing hatte es besonders schwer, weil ihm außer gehaltarmen Soldatenträumen und ekstatischen Ausbrüchen nicht viel zu tun übrig blieb. Er arbeitete sich furchtbar ab und traf doch nicht ins „Herz des Herzens“. Hans Frank als Rosenegk war zu lahm gegen Lili Barnays schöne, strahlende Leidenschaft, weder schneidig, noch heiß genug, eher ein dekadenter Lebejüngling von heute, als ein [illegible] Schürzenjäger von damals. Ernst Hatting war als Heinrich zu zart und unsicher. Louis Oswald und Kurt [illegible] blieben [illegible] lich im Hintergrunde. Käte Habel-Reimers gab Lilis Freundin Anna brav und recht, ohne besonders zu interessieren. Eine kleine Regiebemerkung: Alle Schauspieler wurden, im Affekt zu leicht stimmlos, ferner sollte Felsing [illegible] nicht lieber statt des modernen Militärgrußes den alten mit gespreizten Beinen ausführen?

Ernst Geyer war selber anwesend, so daß das Publikum ihm seinen Dank für das schöne Schauspiel reichlich ausdrücken konnte.

M. Br.

die Verstorbene alle nur sehr kurz behandelt haben und bestimmte sehr wichtige Proben nicht gemacht worden sind. Außerdem aber besagt das Gutachten über den Sektionsbefund von Prof. Dr. Straßmann in Breslau, daß man Zeichen von einer luetischen Erkrankung bei der Geheimsektion bei der Kranken nicht gefunden hat. Uns scheint dieser Sektionsbefund aber sachlich weit beweiskräftiger zu sein als die naturnotwendig doch nur verhältnismäßig flüchtigen Untersuchungen der Aerzte (die schon deshalb nicht gründlich sein konnten, weil die Verstorbene sich nicht untersuchen lassen wollte), die die Frau v. Heydebrand übrigens sechs Jahre vor ihrem Tode zuletzt behandelt haben. Dieser Punkt ist also zum mindesten nicht genügend aufgeklärt worden. Ein weiterer Punkt, der nicht genügend aufgeklärt worden ist, ist der Gang der Ereignisse in der Unglücksnacht selbst. Die Zeugin, die als erste nach dem Ereignis das Sterbezimmer betrat, hat ausgesagt, daß der Strumpf, in dem der Revolver des Angeklagten eingewickelt auf seinem Nachttisch lag, auf der Seite des Bettes des Angeklagten auf der Erde gelegen habe. Nimmt man nun selbst an, daß es möglich war, daß die Verstorbene über ihren Mann nach seinem Nachttisch griff, ohne daß der Angeklagte davon aufwachte, so ist es doch vollkommen unerklärlich, wie dabei der Strumpf auf die andere Seite gelangt ist. Es ist nicht gesagt, daß dieser Umstand unbedingt den Angeklagten belasten muß, denn es gibt an sich noch eine Fülle von anderen Möglichkeiten, wie die Frau sich in den Besitz des Revolvers gesetzt haben kann, ohne daß der Angeklagte geweckt wurde (falls er wirklich schlief), die überhaupt nicht erörtert worden sind. Zum Beispiel ist es durchaus möglich, daß die Frau aufgestanden, um das Bett herumgegangen ist, sich den Revolver aus dem Strumpf herausgenommen hat, dabei den Strumpf fallen ließ und dann wieder in ihr Bett ging, um sich dort zu erschießen. Es ist durchaus nicht nötig, daß davon der Angeklagte hätte aufwachen müssen. Aber aufgeklärt ist jedenfalls auch dieser Punkt nicht genügend worden, und auffallend ist dieser Umstand auf jeden Fall. Man könnte noch mehrere solcher Punkte anführen, in denen uns die Beweisaufnahme nicht gründlich genug gewesen zu sein scheint.

Wir haben also an sich nicht viel gegen das Verhalten der Staatsanwaltschaft in der Verhandlung einzuwenden, aber diese Rücksichtnahme der Staatsanwaltschaft ist auch schon in dem Vorverfahren zu beobachten gewesen. Es ist allgemein aufgefallen, daß dieser Mann, der eines so schweren Verbrechens beschuldigt war, niemals in Haft genommen worden ist. Nun sind wir allerdings auch der Meinung, daß der Untersuchungsrichter und auch die Staatsanwaltschaft mit der Untersuchungshaft im allgemeinen wesentlich sparsamer umgehen sollten, als das gewöhnlich geschieht. Wir sind auch in dieser Beziehung durchaus nicht dagegen, daß, so weit wie möglich, Rücksicht auf den Angeklagten genommen worden ist. Immerhin bestand mindestens zeitweise eine gewisse Verdunkelungsgefahr oder mußte sie doch befürchtet werden, und zwar auch dann, wenn tatsächlich der Angeklagte unschuldig gewesen ist. Denn die Untersuchung sollte doch erst ergeben, ob er unschuldig ist oder nicht, und bei so vielen zum mindesten auf den ersten Blick verdächtigen Umständen wäre wenigstens eine vorübergehende Festsetzung des Beschuldigten das Natürliche gewesen. Aber wir finden auch das letzten Endes verständlich, weil eben die Staatsanwaltschaft von vornherein in dem Tode der Frau v. Heydebrand einen Freitod gesehen hat. Wir möchten aber wünschen, daß auch in anderen Fällen sowohl der Untersuchungsrichter als auch die Staatsanwaltschaft gegen Angeklagte die gleichen Rücksichten nimmt, so weit es irgend möglich ist, vor allem auch dann diese Rücksichten nimmt, wenn es sich um einfache Proletarier handelt und nicht um Mitglieder der sogenannten besten Schichten. Und wir möchten wünschen, daß auch das Gericht selbst in anderen Fällen die Angeklagten, für deren Ueberführung die Beweise nicht ausreichen, in so weitherziger Weise in ihrem Urteil entlastet, wie das hier der Fall ist, und auch die Verhandlungsführung in so würdiger und rücksichtsvoller Form durchführt, wie das in diesem Prozeß geschah. Wenn das in Zukunft auch bei dem einfachsten Arbeiter geschieht, soll uns das Verhalten aller Dienststellen in diesem Prozeß recht sein. Bisher war es freilich zumeist anders, und das ist der Punkt, der an diesem großzügigen Verfahren in diesem Falle keine Freude aufkommen läßt, obwohl es wegen seiner Menschlichkeit an sich begrüßenswert ist. (Besonders begrüßen wir es, daß das Gericht auf das Jugenderlebnis des Angeklagten mit Herrn von Wrangel keinen Wert gelegt hat. Freilich aus einem anderen Grunde, als aus dem heraus das Gericht diesen Vorfall als belanglos bezeichnete, nämlich einfach deshalb, weil man keinem Menschen Taten und Bestrebungen vorwerfen kann, die er vor 20 Jahren begangen, bzw. verfolgt hat. Das wäre eine unmenschliche Roheit. Der Mensch ändert sich zudem in 20 Jahren sehr; es wäre das deshalb auch noch ein falscher Schluß.) **Mit Recht ist die Oeffentlichkeit ganz allgemein der Meinung, daß, wenn ein Arbeiter in derselben Situation betroffen worden wäre, er sicherlich ohne weiteres verhaftet und lange Zeit in Untersuchungshaft behalten worden wäre.** Daß die Staatsanwaltschaft sich in der Verhandlung nicht so sehr für ihn ins Zeug gelegt und in dieser pointierten Weise die entlastenden Momente selbst hervorgehoben hätte, wie es hier geschah, und daß auch das Gericht in seinem Urteil nicht so weit gegangen wäre, den Angeklagten für vollkommen unschuldig zu halten, ja, ihm sogar noch das Zeugnis eines besonders anständigen und ideal gesinnten Menschen auszustellen. Man braucht nur das Verhalten der Justizbehörden im Fall der Wirtschafterin Neumann mit dem Verhalten der Justizbehörden in diesem Prozeß zu vergleichen und die Rücksichtslosigkeit der in Frage kommenden Instanzen ins Auge zu fassen, mit der der Frau Neumann, die man nicht überführen kann, der Abschluß des Verfahrens in der oder jener Richtung immer noch verweigert wird. Man braucht nur daran zu denken, mit welcher Rücksichtslosigkeit diese Frau in einem unmöglichen Schwebezustand gehalten wird, den auszuhalten nur ganz außerordentlich starke Nerven vermögen. **Und so war es in hunderten und aberhunderten anderen Fällen auch. Da nahmen Staatsanwaltschaft und Untersuchungsrichter nicht von vornherein das Beste von einem Menschen an und betrachteten die Tatumstände nicht unter dem Gesichtspunkt, daß nur diejenigen als Verdachtsmomente in Frage kommen, die vollkommen eindeutig eine bestimmte Tatsache beweisen. Die vielen, vielen Fälle, in denen Angeklagte, die freigesprochen werden, vorher lange Monate unschuldig in Untersuchungshaft gesessen haben, beweisen, daß in anderen Fällen die Rücksichten nicht genommen werden, die in diesem Falle genommen worden sind. Das ist das eigentlich Erbitternde an diesem Prozeß. Das Verhalten der Staatsanwaltschaft und der zuständigen Instanzen selbst, für sich genommen, ist im allgemeinen nicht anfechtbar. Anfechtbar ist aber, daß dieses Verhalten nicht allgemeine Regel bei den zuständigen Instanzen ist und daß es nur in bestimmten Fällen anzutreffen ist, nämlich dann, wenn Mitglieder der herrschenden Klasse angeklagt sind, nicht aber dann, wenn Proletarier angeklagt sind.**

Endlich sei noch ein Blick auf die gesellschaftlichen Zustände geworfen, die in diesem Prozeß durch die Beweisaufnahme entschleiert worden sind. Dabei muß gesagt werden, daß das Bild des schlesischen Adels, der sich hier in der rücksichtslosesten Weise um ein Vermögen rauft, dabei gegen die eigenen Verwandten und Verschwägerten hin und her die übelsten Mittel anwendet, um das Vermögen in die eigene Hand zu bekommen, nur bestätigt hat, wie innerlich verfault diese sogenannten obersten Schichten unserer Gesellschaft sind. Und wenn durch diesen Prozeß auch nur diese an sich bekannte Tatsache bestätigt worden ist, so ist der Prozeß dennoch, obgleich er negativ ausgegangen ist, nicht vergebens geführt, und die Kosten, die der Staat dafür hat aufwenden müssen, sind gut angewendet.

Achtung! Revolutionsfeier!

Am Mittwoch, 9. November, 7.30 Uhr abends, findet im **großen Saale des Gewerkschaftshauses** die diesjährige **Revolutionsfeier** der Breslauer Arbeiterschaft statt.

Programm:

1. Orchestervortrag: Adagio aus der „Sonate pathétique" . . . . van Beethoven
2. Sprechchor der Breslauer Arbeiterjugend: Das Maschinenstürmerlied a. d. „Maschinenstürmer" . . . . Toller
   und das „Requiem" . . . . . . Toller
3. Chor-Gesang des Volkschors Breslau: „Der Sturm" . . . . Uthmann
4. **Festrede** des Gen. Universitäts-Professors Dr. Max **Adler-Wien.**

Pause.

5. Orchestervortrag: „Largo" . . . Händel
6. Chor-Gesang des Volkschors Breslau: „Rotgardistenmarsch" . . . . . . Scherchen
7. Gemeinsamer Gesang der Internationale.

Eintritt: 20 Pf., Jugendliche 10 Pf., an der Abendkasse.

Der Arbeiter-Bildungsausschuß Breslau.

Laßt rote Fahnen wehen!

Alle Distrikte treten mit ihren Fahnen am Mittwoch, den 9. November, zur

Revolutionsfeier

an folgenden Plätzen an:

Abteilung Gräbschen, Südwest: Hohenzollernplatz, Abmarsch 19 Uhr.

Abteilung Süden, Strehlener Tor, Ohlauer Tor: Teichäcker, Abmarsch 19,15 Uhr.

Odertor, Sandtor, Scheitnig: Bauschulplatz, Abmarsch 19,15 Uhr.

Abteilung Pöpelwitz, Nikolaitor: Striegauer Platz, Abmarsch 19 Uhr.

Abteilung Innere Stadt (Distrikte 19, 34): Ecke Malergasse, Abmarsch 19,15 Uhr.

An allen Sammelplätzen stehen Musikkapellen.

Parteigenossen, Genossinnen! Beteiligt euch restlos an dieser Demonstration!

Max Adler

spricht noch einmal am 10. November in einer öffentlichen Werbeversammlung der Sozialistischen Studenten-Gruppe in der Aula des Matthias-Gymnasiums, Schuhbrücke, 20 Uhr, über „Die Ideologie des Sozialismus". Interessierte Parteigenossen sind hierzu eingeladen. Eintritt 20 Pfennig.

Herr Wohnungskommissar, etwas für Sie!

Aus dem Leserkreise erfahren wir folgendes:

Im Hause Neue Adalbertstraße 111 steht seit etwa Anfang Oktober im zweiten Stock, rechts, eine kleine Wohnung (einfenstriges Berliner Zimmer nebst kleiner Küche und Entree) leer. Der vorhergehende Mieter, Herr A. Biener, hat nach eigener Angabe einen Wohnungstausch vorgenommen bzw. eine Wohnung gekauft im Hause Reuterstraße 38 III, und wohnt seit etwa Anfang dieses Monats in dieser Wohnung. An seiner bisherigen Wohnung Neue Adalbertstraße 111 befinden sich seit Wochen zwei Türschilder. Das erste Schild lautet auf Hedwig Biener (eine unverheiratete Schwester des Herrn Biener, die demnächst heiraten will). Das zweite Schild lautet auf Katterbe (vorheriger Mieter der Wohnung Reuterstaße 38 III).

Fest steht, daß weder Frl. Hedwig Biener noch Herr Josef Katterbe jemals in der Wohnung gewohnt haben. Obwohl Frl. B. seit Anfang September d. J. von ihrem Bruder als Untermieterin in der Wohnung Neue Adalbertstraße 111 gemeldet war, kommt eine Untervermietung gar nicht in Frage. Der Raum ist viel zu klein und die Bienersche Familie besteht selbst aus vier Köpfen. Herr Katterbe hat diese Wohnung nie bezogen, sondern wohnt seit 3. d. M. im Raphaelstift Schießwerderplatz 28, wohin er auch polizeilich abgemeldet ist. Familie Biener und Schwester Hedwig ist seit 15. v. M. polizeilich für Reuterstr. 38 III gemeldet.

Wozu also die Irreführung mit den Türschildern? Es erweckt den Anschein, daß hier Verschleierungspolitik getrieben wird, damit Frl. Biener ohne Schwierigkeiten in die alte Bienersche Wohnung einziehen kann.

Vielleicht kümmert sich das Wohnungsamt recht bald um diese Angelegenheit und weist die leere Wohnung einer Familie zu, die bereits lange genug auf Zuteilung einer Wohnung wartet.

Die sechstausendste Geburt.

Diese Rekordzahl ist soeben von der Hebamme Doktor Barbara Washington Hinch, Birth Assistant, in Manitowoc-New York, U. S. A., erreicht worden. Keine Universität in den Staaten hat ihr gratuliert, und keine Stadt hat ihr das Ehrenbürgerrecht verliehen. Trotzdem sie vielleicht mehr für die Mitmenschen getan hat als viele der großen „Berühmtheiten".

„Sie wundern sich, daß ich kein Kapotthütchen trage und daß ich nicht Tag und Nacht mit der ominösen kleinen, braunen Ledertasche herumrenne. Ich habe längst schon meinen Selbstfahrer mit Allwetterverdeck, und mein Instrumentenkoffer ist von der Größe eines kleinen Kleiderschrankes.

Und wissen Sie, mein liebes Fräulein Berichterstatterin, was es bedeutet, sechstausend Kinder auf die Welt zu bringen, die man doch alle ein wenig lieb gewinnt? Und haben Sie überhaupt eine Ahnung, was die Mütter alles von einem wissen wollen? Ob das Kind liegen soll oder sitzen, ob es schreien darf oder schlafen muß?

Eines aber sage ich jeder Mutter: Geben Sie dem Kind recht bald Kathreiners Malzkaffee und trinken Sie ihn bitte auch! Ich selber bin von Jugend auf an ihn gewöhnt und trinke jeden Morgen meine zwei, drei Tassen, nachmittags wieder, und manchmal auch abends nach dem Essen. Er schmeckt sehr, sehr gut und erhält mich frisch und elastisch. Ja, ich möchte fast sagen, der Kathreiner erhält mir die ‚gute Laune', die ich für meine Arbeit wirklich nötig brauche.

Die Gesundheit, meine Beste, ist unser kostbarstes, nie wieder zu ersetzendes Gut. Jeder muß sie sich erhalten, und jeder kann sie sich erhalten. Denn 12 Tassen Kathreiners Malzkaffee kosten nur 5 Pfennige. Also bitte!"

Stadt-Theater.

„Palestrina."

Das steht fest: Pfitzners musikalische Legende, in der eine in trockener Historie erstarrte Welt zu blutvollem Leben erweckt wurde, in Wort und Ton edel und vornehm geformt, überragt wesentlich den größten Teil der erfindungsarmen zeitgenössischen musikdramatischen Produktion, und es läßt sich nicht übersehen, daß hier ein durchaus eigener Ausdruck gefunden wurde, daß also in diesem Sonderfalle kein Uebergangswerk vorliegt.

Die Wiederaufnahme des dreiaktigen Riesenwerks in den Spielplan bedingte einige Besetzungsänderungen, die den vorzüglichen Eindruck der vorjährigen Erstaufführung leider sehr abschwächten. In Peter Unkel ist kein idealer Titelheld gefunden worden. Stimmlich befleißigte er sich einer löblichen Zurückhaltung und die melodische Linie zog er ebenfalls befriedigend nach. Aber es fehlte hier an Inbrunst und Wärme, an Einfühlungsvermögen und seelischer Beteiligung, als daß der in sich zerfallene, seiner schöpferischen Kraft beinahe beraubte, ganz und gar nach innen gerichtete Mensch glaubhaft hätte werden können. Neben ihm wirkte, auch allzu sparsam in seinen darstellerischen Ausdrucksmitteln, Walter Marth als Borromeo. Margarete Pister war der Rolle des für seine Zeit modern gerichteten Schülers Silla gewachsen, die Romanze von der „schönen, ungnäd'gen Dame" durf jedoch eleganter vorgetragen werden. Palestrinas Sohn Ighino fand in Rose Boos eine geeignete Vertreterin, die aber zu sehr den Ernst und zu nebensächlich die Jugend des Knaben behandelte. An der Tridentiner geistlichen Versammlung beteiligten sich als neue Erscheinungen der stimmkräftige Engelbert Czubok (Zeremonienmeister), Hans Ehrlich ([illegible]) und Paul Reinecke (Bischof von Budoja). Das Sextett der toten Meister der Tonkunst ließ an Tonreinheit und Präzision der Einsätze zu wünschen übrig und war alles andere als tonkünstlerisch meisterhaft. Lily Stephan, Sylvia Zeller-Altheim und Lotte Schiestow sangen tonlich befriedigend, aber im Zusammenklang nicht ausgeglichen genug das Engelterzett, den Geist der Lukrezia klangvoll Bella Hochreiter. [illegible] Cortolezzis sicher leitendem Stab stehenden Orchester aus. Das Theater war fast bis auf den letzten Platz besetzt.

Orchesterkonzert.

Im dritten Abonnementskonzert des Breslauer Orchestervereins im Konzerthaussaal war der solistische Teil keinem auswärtigen Künstler, sondern dem Konzertmeister des Landesorchesters, Franz Schätzer, anvertraut, der für ein Werk Josef Joachims zu interessieren versuchte. Joachim, der einst gefeierte Geiger und geschätzte Lehrer, gelangte schöpferisch zu keiner Bedeutung. Das ungarische Violinkonzert, op. 11, enthält nichts, was auf eine phantasiebegabte Persönlichkeit schließen ließe. Wohl ist der Orchesterpart sauber und in klassizistisch klarer Manier aufgebaut, und der Soloviolinе sind brillante Effekte beigegeben. Aber was der Komponist thematisch und formvoll zu sagen hatte, wußte beispielsweise sein Freund und Verehrer Franz Liszt viel treffender und reizvoller auszudrücken. Die Blässe des Werkes konnte auch die tüchtige Leistung Schätzers nicht übertuschen, der den technisch erheblichen Anforderungen nichts schuldig blieb, im langsamen Satz aber noch größeren und sangvolleren Ton hätte entwickeln dürfen. Der zweite Teil des Abends gehörte der „Symphonia domestica" von Richard Strauß, einem Schulbeispiel für die glücklich überwundene Gattung der Programmusik. Strauß setzte mutig fort, was einst Berlioz und Liszt glühend begeistert gegen die Menge der Verneiner verteidigten. Er unternahm es, die kleinen Freuden und Leiden eines Familienlebens im Rahmen eines grandiosen Orchesterapparates in Tönen einzufangen und sah sich dabei, wie in allen ähnlichen Fällen, genötigt, seinem Werk einige erläuternde Anmerkungen beizugeben. Aber auch sie vermögen den Willen des Verfassers nicht durchgehends zu offenbaren. Man freut sich gelegentlich über einen hübschen originellen Einfall in der Schilderung des Kinderlebens, ein lustiges Scherzo in Form einer mäßigen Doppelfuge umspielt, doch das Interesse kann nur von der in mannigfachsten Farben schillernden Orchestrierung ausgehen. [illegible] ist und bleibt eine Musik, die sich ausschließlich an den Verstand wendet, ein Unding. Professor Dohrn dirigierte beide Werke allzu abhängig von der Notenvorlage und darum unfrei, so daß kein subjektiver Vortrag zustande kam. So wurde die prachtvoll wiedergegebene einleitende Ouvertüre zu „Coriolan" von Beethoven das Schönste des Abends.

W. E—der.

Ein düsteres Großstadtbild.

Am heutigen und den folgenden Tagen wird vor dem Großen erweiterten Schöffengericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Rebesky ein trübes Großstadtbild aufgerollt. Angeklagt wegen Erpressung, Diebstahl und Urkundenfälschung sind acht junge Burschen im Alter von 20 bis 27 Jahren. Es sind dies der Handlungsgehilfe Max Pradella, der Büroassistent Bonifatius Pradella, der Handlungsgehilfe Georg Philipp, der Reisende Karl Pohl, der kaufmännische Angestellte Gerhard Rosinski, der Handlungsgehilfe Kurt Radomski, der Bautechniker Hermann Fritsch und der Arbeiter Herbert Pätzold. Die Genannten gehören zu jenen Kreisen, die sich an homosexuelle Männer heranmachen und sobald sich diese in ihre Hände begaben, fortgesetzt Erpressungen an ihnen verüben. Wenn auch oftmals die Männer, die zum Teil den besten Kreisen angehören, ihren Namen verschwiegen, so war es den jungen Burschen doch bald möglich, diese herauszubekommen und nun schlugen sie aus dem Vorgefallenen Kapital. Die Erpressungen, die den Angeklagten zur Last gelegt werden, gehen bis in das Jahr 1923 zurück. Konnten sie von ihren Opfern Geld oder Wertsachen nicht erlangen, so machten sie diesen teils einzeln, meistens aber in Rudeln, höchst unliebsame Auftritte, so daß die Männer fürchten mußten, in ihren Kreisen bloßgestellt zu werden. So erhielten die Burschen, was sie verlangten, und offenbar haben sie von solchen Erpressungen jahrelang ihren Lebensunterhalt bestritten, denn einer geregelten Tätigkeit gingen sie nicht nach. Besonders rücksichtslos ging Philipp bei solchen Erpressungen vor. Er trägt deshalb auch in seinen Kreisen den Namen der „Würger". Das Hauptbetätigungsfeld dieser gemeingefährlichen Burschen ist die Gegend am Fränkelplatz, am Tauentzienplatz, auf der Hummerei und einigen Lokalen. Zunächst hatte man auf das Konto dieser Angeklagten auch die verschiedenen Raubüberfälle gesetzt, die sich im April und Mai v. Js. an der Bedürfnisanstalt am Kaiser-Wilhelm-Denkmal ereigneten. Dieser Straftaten konnten sie jedoch nicht überführt werden. Einige der Angeklagten befanden sich längere Zeit in Untersuchungshaft. Sie wurden aber inzwischen wieder auf freien Fuß gesetzt. Die Verhandlung findet unter Ausschluß der Oeffentlichkeit statt. Die Staatsanwaltschaft vertritt Staatsanwaltschaftsrat Dr. Hauptmann.

Ehrung eines sozialdemokratischen Schulmannes.

Der Magistrat der Stadt Breslau hat beschlossen, der Sammelschule 2 (weltliche Schule) den Namen „Hacks-Schule" beizulegen, zur Erinnerung an den verstorbenen Stadtschulrat Genossen Dr. Hacks.

Der Weltspartag

hat der Städtischen Sparkasse zu Breslau einen bisher noch nicht dagewesenen Verkehr gebracht. Es wurden an diesem Tage 7775 Kassenposten allein im Sparverkehr gezählt. Die Zahl der Buchungsfälle beläuft sich auf fast 10 000. Die Zahl der Besucher war zwei- bis dreimal so groß, denn die 30 000 hübschen Heimsparbüchsen in den städtischen Farben fanden eine so freudige Aufnahme, daß bereits im Laufe des Tages der Vorrat ausgegeben war. Inzwischen setzt schon die Einlieferung von Sparbüchsen ein. Die Eröffnung neuer Sparkonten hat gleichfalls die Erwartung übertroffen. Am 31. Oktober 1927 wurden nicht weniger als 1137 neue Sparbücher ausgestellt, in den nächsten drei Tagen erhöhte sich diese Zahl auf 2000. Der Leitgedanke des Weltspartages, dem Sparsinn neue Anregungen zu geben, hat also bei der Breslauer Bevölkerung die günstigste Aufnahme gefunden.

Arbeiterdichtkunst im Jugendgefängnis.

Vor zahlreichen geladenen Gästen ging am Sonntag nachmittag eine Veranstaltung im Jugendgefängnis vor sich, die von jugendlichen Gefangenen selbst bestritten wurde. „Der deutsche Arbeitsmensch im Ringen um ein Land und Volk des Friedens" lautete der Titel. Die Gefängniszentrale war mit Bildern ausgestattet, die Szenen aus der menschlichen Arbeit zeigten. Der Maler, die sie skizzenhaft hingeworfen, verfügt gewiß über keine schlechte Beobachtungsgabe. Als weitere Dekorationen dienten neben den Farben des Reiches und Preußens ein Hammer, ein Zahnrad und — ein Stahlhelm.

Die gewählten Gedichte von Karl Bröger und Heinrich Lersch waren Kriegserzeugnisse, geboren aus dem Glauben an Deutschlands Unschuld am Kriege. Sie wären wohl nie verfaßt worden, hätte man die große Schuld Wilhelms und seiner Generale damals so gut gekannt, wie wir sie heute kennen. Immerhin, die Kriegslieder der Arbeiterdichter sprechen nur von der Pflicht gegen das eigene Land und Volk, und sind von Sehnsucht nach Frieden erfüllt. Sie wollen, nach dem Kriege, ein freies Volk auf freiem Grund, ein Wille, der sich dann allerdings im Zusammenbruch erfüllte. Und sie wollten den Völkerbund, der schließlich auch gekommen ist. Die Vorträge wurden mehrfach durch musikalische und gesangliche Einlagen unterbrochen, und am Schluß erklang es: „Wenn wir schreiten Seit an Seite."

Die beiden Lehrer der Jugendlichen, die Herren Kleist und Kühn, haben sich mit der Einstudierung und allem Drum und Dran viel Mühe gegeben und wir können sie nur ermuntern, ihr sozial-pädagogisches Werk mit gleicher Liebe fortzusetzen. Höchstens bitten wir, alle künftigen ähnlichen Veranstaltungen noch weniger auf den Krieg und noch stärker auf den Frieden abzustimmen. Für empfehlenswert halten wir es ferner, auch künftig möglichst viel Gäste zu solchen Veranstaltungen zu laden, vor allem auch solche aus den Kreisen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften. Viel Vorurteile können dadurch zerstört werden, denen der entlassene Gefangene im Leben nicht selten begegnet. Die Gefängnisverwaltung ist auf dem rechten Wege, wenn sie die unter unglücklichen Verhältnissen Gestrauchelten und freundliche Belehrung und Erziehung für das Leben in der Freiheit zu festigen sucht.

Naturfreunde-Sammellisten.

An Spenden für unsere Kinderwanderungen gingen ein: Liste Nr. 254, Universitäts-Klinik, 24 M, Liste 109/110, Archimedes, 143,20 M, Liste Nr. 55, Körting, 2,30 M, Liste Nr. 29, Lindemann, 5,25 M, Liste Nr. 258, Schutzpolizei, 3,20 M, Liste Nr. 37, Gerstel, 8,40 M, Liste Nr. 75, Cäsar Wollheim, 26,10 M, Liste Nr. 7, Bulowski, 4,50 M, Pumpwerk Zehndelberg, durch Sauer, 50,00 M, Verband der Bäcker 30,00 M, Verband der Fleischer 10,00 M, Verband der Hotel- und Gastwirts-Angestellten 20,00 M, Malereigesellschaft 20,00 M. Allen Spendern herzlichen Dank. Es befinden sich noch einige Sammellisten im Umlauf. Wir bitten doch dringend, diese, ganz gleich, ob gezeichnet oder nicht, am Büfett des Gewerkschaftshauses abzuliefern.

Zu spät überlegt.

Ein kriegsverletzter Zimmermann stellte nach einer Leistenbruchoperation den Antrag auf Anerkennung des Leidens als Dienstbeschädigung und Versorgungsberechtigung. Nach seinen Angaben ist das Leiden im Jahre 1916 während seiner militärischen Dienstzeit entstanden; im Laufe der Jahre wäre Verschlimmerung eingetreten. Sein Antrag wurde aber abgewiesen, weil es sich hier nach ärztlichem Gutachten um eine angeborene Bindegewebsschwäche handle, die das Entstehen des Bruchleidens begünstigt habe. Der Zimmermann hatte gegen den ablehnenden Bescheid Berufung eingelegt. Er machte den Einwand geltend, daß er wohl nicht k. v. geschrieben worden wäre, wenn man schon damals eine Bindegewebeschwäche bei ihm festgestellt hätte; auch sei er vorher stets gesund gewesen. Das Versorgungsgericht wies seine Berufung gleichfalls zurück. Das Leiden hänge nicht mit einer angeblich im Jahre 1916 erfolgten Dienstbeschädigung zusammen. Zumindest hätten Versorgungsansprüche schon eher geltend gemacht werden müssen.

Es dürfte dem Antragsteller jetzt schwer fallen, zu beweisen, daß er tatsächlich während seiner Militärzeit einen Unfall erlitten hat. War dieser auch noch so geringfügiger Art, er hätte seine Ansprüche gleich geltend machen sollen. Wenn er auch vielleicht nicht sofort eine Rente bekommen hätte, so hätte er wenigstens Anerkennung des Leidens als Dienstbeschädigung erreicht und konnte bei Verschlimmerung jederzeit einen Antrag auf Rentengewährung stellen.

Ein schwerer Verkehrsunfall.

Am 7. Mai, abends gegen 8 Uhr, kam der Kraftwagenführer Kurt Berthold mit seinem Wagen die Vorwerkstraße entlang. Da er es recht eilig hatte, weil er zum Zuge zum Hauptbahnhof wollte, versuchte er, eine Verkehrsinsel anstatt rechts links zu umfahren, wobei er den Radfahrer Ernst Walde anfuhr, so daß dieser in großem Bogen auf die Straße flog. W. hatte ganz erhebliche Verletzungen erlitten, denn er lag sechs Wochen krank. Am Montag stand nun B. vor dem großen Schöffengericht, um sich wegen fahrlässiger Körperverletzung zu verantworten. Die Beweisaufnahme ergab, daß auch der Radfahrer nicht ganz vorschriftsmäßig gefahren war, hätte aber der Kraftwagen nicht eine übermäßige Geschwindigkeit gehabt, so wäre das Unglück nicht geschehen. So war das Gericht von der Schuld des Angeklagten überzeugt und verurteilte ihn zu 30 Mark Geldstrafe oder 6 Tagen Gefängnis. Empfindlicher für den Angeklagten werden, nach seiner Verurteilung, die Zivilansprüche des Verletzten sein.

* **Die Arbeiter-Zentralbibliothek** im Gewerkschaftshause bleibt Mittwoch, den 9. November, nachmittags aus Anlaß der Revolutionsfeier geschlossen.

* **Freie Stenographen-Vereinigung.** Am Mittwoch, den 9. November, fallen die Uebungsstunden aus wegen Beteiligung an der Revolutionsfeier; dafür Donnerstag, den 10. November, Uebungsabend.

* **Oekonom Wengrzik vom „Roten Hirsch"** teilt uns zu der Beschwerde in der Nummer vom 1. November mit, der Fridericus-Rex-Marsch sei ohne sein Zutun auf Bestellung einiger Chauffeure erfolgt. Er habe, als sich die Herren, die sich in der „Volkswacht" beschwert haben, an ihn wandten, dem Kapellmeister verboten, daß noch einmal der Marsch gespielt werde, an dem ein Teil der Gäste Anstoß genommen habe. Er habe sich dabei auch nicht als Nationalisten bezeichnet. Er sei als Geschäftsmann neutral und so liege auch die „Volkswacht" in seinem Lokale aus.

* **Breslauer Schwerhörigen-Verein e. V.** In den letzten Versammlungen konnten die Mitglieder dank dem freundlichen Entgegenkommen der Firma Siemens-Reiniger-Reifa und der Deutschen Akustik-Gesellschaft sich mit der Erprobung eines Vielhörers beschäftigen. Ein solcher Apparat kann am besten mit einem Zimmertelephon verglichen werden, das eine größere Anzahl von Anschlüssen mit Kopfhörern an den einzelnen Tischplätzen besitzt; er ermöglicht es den an den Gebrauch eines elektrischen Hörapparates Gewöhnten, dem Vortrage des am Empfänger Sprechenden zu folgen. Auf der Grundlage der eingehend verzeichneten Ergebnisse dieser Prüfung wird sich der Verein demnächst über die Anschaffung eines Vielhörers schlüssig werden. Im Laufe des Sommers ist eine Unterhaltungsbücherei begründet worden. Eine unter sachkundiger Leitung stehende Hörgeräte-Beratungsstelle geht den Mitgliedern bei Beschaffung von bewährten Apparaten verschiedene Systeme zur Hand. Am 15. November, um 19 Uhr, Stiftungsfest (mit Angehörigen) in der Taubstummen-Anstalt — Gartenhaus — Sternstraße. Neuanmeldungen an Taubstummen-Oberlehrer Luz, hier 16, Bachstraße 18.

* **Haupt- und Pfarrkirche St. Bernhardin.** Sonntag, den 13. November, nachmittags 5 Uhr: Kirchenkonzert (Ottosche Stiftung). Ausführende: der Kirchenchor, Else Zimmermann: Alt, Walter Giesel: Bariton, Kantor Seekamp: Leitung und Orgel. Chöre von Schütz, Reger und Wolf; Sologesänge von Reznicek und van Eyken; Orgelwerke von Bach und Liszt. Der Eintritt ist frei.

* **Wegen der Einebnung oder weiteren Erhaltung alter Grabstätten** auf dem jetzt städtischen Friedhofe der ehemaligen Dorfgemeinde Herdain an der Helmutstraße wird in besonderer Bekanntmachung des Magistrats in Nr. 47 des Breslauer Gemeindeblattes vom 30. Oktober sowie durch Aushängen auf dem Herdainer Friedhofe näher angegeben, wo etwaige Anträge auf Verlängerung des in 25jähriger Ruhzeit erloschenen Anrechts anzubringen sind. Auch die Pfarrämter der beteiligten Kirchgemeinden St. Salvator und St. Heinrich werden entsprechende Auskunft erteilen.

* **Treibriemendiebstahl.** Aus der Kalksteinfabrik von Silberstein & Co., Verlängerte Niedergasse, sind durch einen Einbruch in der Nacht zum 6. November fünf Treibriemen im Werte von 800 Mark gestohlen worden.

* **Versteigerungsgut gestohlen.** Dem Auktionator Hänflein, der im Grundstück Friedrich-Wilhelm-Straße 96 ein Lager für Versteigerungsgut unterhält, sind in letzter Zeit daraus ein Posten Schuhe im Werte von 700 Mark gestohlen worden, der ihm vor 6 Monaten zum Verkauf übergeben worden ist. Es wurde erst jetzt bemerkt, daß ein großer Teil der Schuhe verschwunden ist.

* **Auf den Bürgersteig gefahren.** Heute morgen, gegen 2 Uhr, fuhr ein Personenkraftwagen infolge eines Reifenschadens in der Weidenstraße über den Bürgersteig und prallte gegen das Grundstück Nr. 18. Menschen kamen glücklicherweise nicht zu Schaden, nur die Hausfront wurde beschädigt.

* **Taschendiebstahl.** In der Markthalle, Gartenstraße, wurde einer Frau das Portemonnaie mit 16,50 Mark aus der Manteltasche gestohlen.

* **Ein Fahrrad** ist einem Hanshälter aus dem Fahrradständer in der Hauptpost gestohlen worden.

* **Von der Straßenbahn überfahren** wurde am Montag nachmittag der Tischlermeister Franz Wolf, Höfchenstraße 55, als er mit seinem Fahrrade vom Nikolaistadtgraben in die Antonienstraße einbiegen wollte. Ein Wagen der Gürtelbahn erfaßte sein Hinterrad und warf ihn um. Bei dem Sturz brach er den linken Oberarm und erlitt Verletzungen an den Beinen, so daß er mit dem Krankenwagen in das Allerheiligen-Hospital eingeliefert werden mußte.

* **Ein Zusammenstoß** ereignete sich am Montag abend an der Kreuzung Neudorf- und Augustastraße zwischen einer Kleinkraftdroschke und einem Motorradfahrer, wobei der Motorradfahrer stürzte und am Kopfe erheblich verletzt wurde. Eine auf dem Soziussitz mitfahrende Frau erlitt einen Beinbruch. Die Kleinkraftdroschke schaffte die beiden Verunglückten in das Wenzel-Hancke-Krankenhaus.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telefon: Ohle 5352

Distrikt 4. Alles trifft sich morgen, Mittwoch, pünktlich 19 Uhr, am Hohenzollernplatz.

Distrikt 14. Donnerstag, den 10. November, abends 20 Uhr, bei Sachs, Schleßwerderstraße 39, Sitzung sämtlicher Funktionäre. Keiner darf fehlen.

Distrikt 27. Heute abend, 8 Uhr, Strickabend in der „Weißen Weste". Genossin Kunert ist anwesend.

Distrikt 23/25. Heute abend bei Baude, Uferstraße 26, Bastelabend. Unser Bastelabend findet jede Woche jeden Dienstag statt.

Distrikt 24. Donnerstag abend, 8 Uhr, bei Wolf, Hedwigstraße, Bastelabend. Frauen, bringt euch Handarbeiten mit. Genossin Kunert hält unter anderem einen sehr interessanten Vortrag.

Distrikt 36. Donnerstag abend, 8 Uhr, wichtige Funktionärversammlung bei Hartmann.

Jungsozialistische Arbeitsgemeinschaften.

Unsere Veranstaltungen fallen diesen Mittwoch aus.

Gruppen Ohlauer Tor, Gircklener Tor. Die Genossen treffen sich Mittwoch mit Partei und Jungordner am Brausebad, Sadowastraße.

Gruppe Scheitnig, Sandtor, Odertor. Wir beteiligen uns an der Revolutionsfeier und gehen zu den Treffpunkten der Partei.

Jungsozialisten.

Max Adler spricht Donnerstag zu uns über: „Der Sozialismus als proletarische Lebenslehre". Ort: Matthiasgymnasium. Anfang 20 Uhr.

Sozialistische Arbeiter-Jugend.

An alle! Donnerstag finden außerordentliche Heim-Mitgliederversammlungen statt. Thema: „Arbeiterjugend und Einheitsfronttaktik der Kommunisten". Referenten sind: Heim 1: Max Seidel; Heim 3: Hans Auerbach; Heim 4/7: Gerhard Rauhut; Heim 8: Fritz Ohlig; Heim 10: Karl Bindig; Heim 5: Lotte Berndt. Gäste haben keinen Zutritt.

Heim 3. Da wir Donnerstag Jugend-Volksbühne haben, findet unsere Mitgliederversammlung diesmal ausnahmsweise Freitag statt.

Heim 4 und 7. Wir kommen diesmal Donnerstag in der Baracke zusammen. Ein Heimabend des Heim 7 findet am Freitag nicht statt.

Sprechchor. Alles erscheint heut zur letzten Probe. Morgen abend beteiligt sich alles an der Revolutionsfeier der Partei im großen Saale des Gewerkschaftshauses.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Ortsverein. Wie bereits angeordnet, fallen die für morgen, Mittwoch, angesetzten Veranstaltungen der Banner wegen der Revolutionsfeier der SPD. aus. Alle Kameraden, die der SPD. angehören, nehmen an dem Aufmarsch und der Revolutionsfeier der SPD. bestimmt teil.

Spielmannszüge: Morgen, Mittwoch, Antreten wie folgt: Süd: 10 Uhr, Hohenzollernplatz. Ost: 10,15 Uhr, Teichäcker. Nord und West: 10 Uhr, Striegauer Platz.

Kleinkaliberschützenverein Republik.

Mittwoch, den 9. November, 18,30 Uhr, im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses, wichtige Sitzung sämtlicher Funktionäre. Bestimmtes Erscheinen dringend nötig.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Sprechchor. Alle Jugendkolleginnen und -Kollegen kommen Donnerstag, pünktlich 20 Uhr, zur Probe ins Heim.

Metallarbeiter-Jugend. Heut abend, 19,30 Uhr, kommen alle Volksbühnenmitglieder ins Büro zu einer wichtigen Besprechung.

Bekleidungsarbeiter-Jugend. Heute sind wir pünktlich 8 Uhr im Galeriezimmer zu unserer Revolutionsfeier. Gäste willkommen.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Distrikt 34, Kindergruppe. Da wir jetzt in den Schulzimmern sind, und mit der Winterarbeit beginnen, haben die Kinder im Alter von 6 bis 9 Jahre jeden Dienstag in der Schule, Kirchstraße, von 5 bis 7 Uhr, Heimabend. Die ältere Gruppe der Kinder im Alter von 10 bis 14 Jahren kommen jeden Freitag daselbst von 5 bis 7 Uhr zusammen. Alle Aelteren sparen zu unserer Trebnitzfahrt am Sonnabend, den 12. November.

Abteilung Süden. Alle Genossen schicken ihre Kinder heute zur Revolutionsfeier der Kinderfreunde. Treffpunkt 4,45 Uhr Bohrauer-, Ecke Lehmgrubenstraße.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

Die Störungen 56 A und B ziehen über die Ostsee mit nordöstlichem Kurse. Auf ihrer Vorderseite hält daher in den Sudetenländern die Föhnlage immer noch an, und nur vereinzelt kommt es zu Niederschlägen. Einzelne Teilstörungen geben auch in den nächsten Tagen noch zu vorübergehender Bewölkung und zeitweise Niederschlägen Anlaß. Die Temperaturen dürften allmählich weiter zurückgehen. Später dürfte auch im Flachlande bei nächtlicher Aufheiterung wieder leichter Frost zu erwarten sein.

Aussichten für das schlesische Flachland und Mittelgebirge:

Bei zeitweise auffrischendem Südwestwinde meist bewölkt, nur vereinzelt Niederschläge, etwas kühler.

Aussichten für das schlesische Hochgebirge:

Stürmischer Südwest, neblig-bewölkt, vereinzelte Niederschläge, Temperaturen um Null.

Letzte Wetternachrichten.

Datum 8. 11. 27	Temperatur heut früh	Maxim. (seit 24 Stunden)	Min. (seit 24 Stunden)	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Grünberg	7	—	6	Regen	SW 3	0,3	
Görlitz	7	12	5	bedeckt	S 3	0,0	
Liegnitz	8	12	6	bedeckt	SSW 1	4,0	
Bad Flinsberg	5	11	4	Regen	S 1	14,0	
Heufuderbaude							
Oberschreiberhau	3	11	3	Regen	W 1	22,0	
N. Schles. Baude	−1	5	−2	Schnee	SW 3		
Reifträgerbaude	−2	3	2	Schnee	SW 4		
Schneekoppe	−1	1	−4	Schnee	W 6	0,8	
Neumarkt	6	18	6	Regen	WSW 3	2,5	
Krietern	7	13	5	Regen	WNW 1	1,7	
Zobten							
Bad Salzbrunn	5	13	5	Regen	SW 2	2,0	
Friedland (Bez. Breslau)	5	11	5	Regen	WSW 3	1,5	
Reinerz	5	12	5	Regen	SO 2	1,0	
Landeck	8	12	5	wolkig	SW 2		
Reichenstein							
Festenberg	7	12	6	Regen	W 3	2,0	
Neisse	8	15	5	heiter	NNW 3		
Breslau	7	13	6	bedeckt	NW 1		
Kreuzburg							
Gleiwitz	7	14	6	Nebel	WSW 2	gering	
Beuthen	9	14	5	wolkig	W 3		

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Stadttheater. Heute, Dienstag, 20 Uhr, gelangt als 6. Abonnements-Vorstellung der Serie A die aktuelle Jazz-Oper „Jonny spielt auf", deren sämtliche bisherige Aufführungen stärksten Beifall erzielten, in der Inszenierung von Professor Turnau, unter musikalischer Leitung von Fritz Cortolezis zur Wiederholung. Mittwoch, 20 Uhr, 6. Abonnements-Vorstellung der Serie B, einmaliges Gastspiel des berühmten Baritons, Kammersänger George Baklanoff als Scarpia in Puccinis „Tosca".

Lobetheater. Heute nachmittag, 15,30 Uhr, „Clavigo", von Goethe, zu kleinen Preisen. Dienstag und die folgenden Tage wird „Penthesilea", Trauerspiel von Kleist, wiederholt.

Thaliatheater. Heute und die folgenden Tage wird das Schauspiel von Ernst Geyer „Grenadier Felling", das am Sonnabend mit großem Publikumserfolg zur Aufführung gelangte, wiederholt. Inszenierung: Dr. Franz Joseph Engel. Titelrolle: Sigurd Lohde.

Schauspielhaus. Heute Dienstag und die folgenden Tage gelangt die neue Operette „Ich hab' mein Herz in Heidelberg verloren", zur Aufführung.

Vereinskalender.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Dreher und Revolverdreher. Die Branchenversammlung am Mittwoch, den 9. November, fällt aus.

Nur noch Chlorodont

„. . . Jedenfalls habe ich seit fünfzehn Jahren jedes Probieren aufgegeben und bleibe Ihrem Chlorodont treu; ebenso gebraucht es meine Familie und verordne ich es, so oft ich dazu Gelegenheit habe in meiner Praxis." H. . . . Dr. I. L.-E. Aerztin. (Originalbrief bei unserem Notar hinterlegt.)

Mit der Wahrheit auf dem Kriegsfuße.

Das von den im AfA-Bund zusammengeschlossenen freien Angestelltenverbänden für die Wahl der Vertrauensmänner der Angestelltenversicherung aufgestellte Wahlprogramm zum Ausbau der Angestelltenversicherung ist einleuchtend und klar. Es findet die Zustimmung aller denkenden Angestellten. Diesen nüchternen Eindruck suchen die im Hauptausschuß zusammengeschlossenen Angestelltenverbände (Deutschnationaler Handlungsgehilfen-Verband, Gewerkschaftsbund der Angestellten, Verband weiblicher Handels- und Büroangestellten usw.) durch Verbreitung wahrheitswidrigen Behauptungen über die angeblichen eigentlichen Bestrebungen des AfA-Bundes zu zerstören. Dazu ist festzustellen:

Es ist nicht wahr, daß die Vorschläge des AfA-Bundes übertriebene Leistungsforderungen enthalten, wie das der Hauptausschuß behauptet. Wahr ist vielmehr, daß sich die geforderten Rentenerhöhungen in bescheidenen Grenzen halten und ohne Beitragserhöhungen durchführbar sind. Es ist deshalb erst recht nicht wahr, daß der AfA-Bund auf diesem Umwege die Angestelltenversicherung verschmelzungsreif mit der Invalidenversicherung machen will, wie vom Hauptausschuß behauptet wird. Wahr ist vielmehr, daß der AfA-Bund den Ausbau der Angestelltenversicherung verlangt, wie das die dem Reichstag vorliegenden Anträge beweisen. Es ist weiterhin unwahr, daß die Vorschläge des AfA-Bundes keine Erhöhung der Einnahmen vorsehen; wahr ist vielmehr, daß durch die geforderte Einbeziehung aller Angestellten und die Streichung der Versicherungspflichtgrenze eine gewaltige Einnahmeerhöhung eintreten muß. Also: Erhöhung der Einnahmen ohne Beitragserhöhung. Bei der Durchführung der Forderungen des AfA-Bundes würde die Angestelltenversicherung trotz Rentenerhöhung in wenigen Jahren ein Milliardenvermögen noch ansammeln können.

Das Tollste an Verdrehungen leistet sich jedoch der Deutschnationale Handlungsgehilfen-Verband in Flugschriften und Zeitungsartikeln. Daß die soziale Reaktion mit dem AfA-Bund Arm in Arm manschiert, kann bei dem wirklichen Kenner der Verhältnisse nur ein Lächeln hervorrufen. Bösartig und verleumderisch ist es jedoch, wenn beispielsweise wörtlich gesagt wird: „240 Millionen Mark, annähernd die Hälfte aller Rücklagen, sollten unserer Standesversicherung abgepreßt werden, um die finanziell schwache Invalidenversicherung zu sanieren, wenn es nach dem Willen der sozialistischen Arbeiter gegangen wäre. Das verlangt klipp und klar das Organ des freigewerkschaftlichen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, die „Gewerkschafts-Zeitung" in ihrer Nr. 34 vom Jahre 1926. Der AfA-Bund hat kein Wort zu diesem Raubzug gesagt."

Um was handelt es sich hier. Da ist zunächst festzustellen, daß es sich in dem erwähnten Aufsatz nicht um eine Meinungsäußerung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, sondern um die eines freien Mitarbeiters, nämlich R. Fette, handelt. Das geht deutlich aus dem Aufsatz hervor, ebenso deutlich geht aber auch hervor, daß die phantasievolle Zahl von 240 Millionen Mark das rechnerische Ergebnis bei Anwendung der bisherigen Methode der Errechnung der Schuld der Angestelltenversicherung an die Invalidenversicherung wäre. Niemand, selbst Fette nicht, hat diese Zahl genommen. Darin liegt bereits die erste Beugung der Wahrheit durch den DHV. Für seine verleumderische Kampfesmethode ist jedoch weit kennzeichnender die Tatsache, daß bei der endgültigen Festsetzung der Schuld der Angestelltenversicherung an die Invalidenversicherung die Vertreter des DHV. entscheidend mitgewirkt haben. An den entsprechenden Verhandlungen des Reichstages waren Herr Thiel vom DHV. als volksparteilicher Reichstagsabgeordneter und Herr Diller vom DHV. als Vertreter des Direktoriums der Angestelltenversicherung beteiligt. Aus dem amtlichen Verhandlungsbericht (Reichstagsdrucksache Nr. 3837) vom 6. April 1927 ergibt sich folgendes: Die Berechtigung der Ansprüche der Invalidenversicherung an die Angestelltenversicherung begründete der Vertreter der Reichsregierung wie folgt:

„Ab 1. Januar 1923 wurden die Angestellten aus der Invalidenversicherung herausgenommen; bei der Doppelversicherung haben gut drei Viertel der Angestellten zu der Invalidenversicherung gehört. Der Gesetzgeber hat diese Beitragszahler der Reichsversicherungsanstalt überwiesen, hat aber die Lasten aus den alten Renten für die Angestellten und ihre Hinterbliebenen bei der Invalidenversicherung belassen; die Arbeiter und ihre Unternehmer müssen aufkommen für die Invalidenrenten der Angestellten und auch für die Hinterbliebenenrenten der Angestellten. Das hat der Gesetzgeber als eine Unbilligkeit empfunden und deshalb ausgesprochen, daß die Angestelltenversicherung hierfür aufzukommen habe. Die Schuld wurde bisher nicht bezahlt." (Amtlicher Bericht Seite 10.)

Dieser Anspruch der Invalidenversicherung wurde von allen Reichstagsparteien anerkannt. So erklärte beispielsweise der Vertreter de Deutschnationalen Volkspartei: „Ein Ausgleich müsse geschehen und zwar nach Billigkeit und Gerechtigkeit." Von den gegenwärtigen Regierungsparteien lag ein Antrag Nr. 965 vor, der im Artikel IV eine Entschädigung von vierzig Millionen Mark an die Invalidenversicherung vorsah. Einer der Antragsteller war der volksparteiliche Abgeordnete Thiel vom DHV. Die an diesen Reichstagsverhandlungen beteiligten Vertreter der Invaliden- und Angestelltenversicherung einigten sich im Verlaufe der Auseinandersetzungen auf 33 Millionen Mark Entschädigung, die die Angestelltenversicherung an die Invalidenversicherung zahlt. An dieser Vereinbarung war, wie bereits erwähnt, Herr Diller vom DHV. als Mitglied des Direktoriums der Angestelltenversicherung beteiligt. Das fand dann seinen Niederschlag im Artikel IV des Gesetzes vom 8. April 1927.

So der wirkliche Sachverhalt, der ausreichend die verächtlichen Kampfesmethoden des DHV. beleuchtet.

Die preußischen Staatseinnahmen und -ausgaben im September 1927.

Der Amtliche Preußische Pressedienst veröffentlicht nachstehend eine Uebersicht über die preußischen Staatseinnahmen und -ausgaben im Monat September 1927 sowie eine Gesamtübersicht über den Stand vom 1. April bis zum 30. September d. Js.

	Mill. R.M. vom 1. 9. 1927	vom 1. 4. 1927 bis 30. 9. 1927
I. Einnahmen:		
a) Reichssteuerüberweisungen (Staatsanteil)	46,3	346,8
b) Grundvermögenssteuer	20,0	109,2
c) Hauszinssteuer (Staatsanteil)	43,1	222,8
d) sonstige Einnahmen	67,5	557,6
	176,9	1 236,4
II. Ausgaben: Staatsausgaben	211,7	1 298,0
III. Mithin mehr	—	—
weniger	34,8	61,6
IV. Stand der schwebenden Schulden Ende September 1927: Schatzanweisungen	75,5 Mill. R.M.	

Der Saatenstand in Preußen Anfang November 1927.

Berlin, 7. November. Die Statistische Korrespondenz berichtet über den Saatenstand in Preußen Anfang November u. a. wie folgt: Die Herbstbestellung ist durch die Witterung und die späte Ernte dieses Jahres sehr verzögert worden. Vor allem ist die Weizensaat noch sehr weit zurück. Allgemein im Rückstand ist die Bestellung aus Rübenschlägen. Von der Saat ist entweder noch gar nichts, oder nur sehr wenig und dann auch oft sehr lückenhaft aufgegangen, daher muß den Begutachtungsziffern gegenüber einige Zurückhaltung geübt werden. Da in vielen Berichten der Vertrauensmänner noch gar keine Noten genannt werden können. Im großen und ganzen entspricht der diesjährige Saatenstand dem des Vorjahres. Eine wesentliche Besserung weist der Winterspelz auf, dagegen hat sich Wintergerste und Gemenge aus Wintergetreide um je 0,1, junger Klee sogar um 0,3 Punkte verschlechtert.

Das Fangergebnis der deutschen See- und Küstenfischerei mit Einschluß der Haffe beträgt, wie wir dem Jahresbericht des Reichsministeriums für Ernährung und Landwirtschaft über die deutsche Fischerei 1926 entnehmen, 236 364 000 Kilogramm im Werte von 61 220 000 Reichsmark gegenüber 207 815 000 Kilogramm im Werte von 55 291 000 Reichsmark im Jahre 1925. Ferner wurden von deutschen Fischdampfern in ausländischen Häfen mit 1185 Reisen 57 Millionen Kilogramm Fische gelandet, wobei 916 Reisen mit 52,5 Millionen Kilogramm auf Großbritannien und 269 Reisen mit 4,5 Millionen Kilogramm auf Holland entfallen.

Die deutsche Fischerflotte besteht zur Zeit aus 368 Hochseedampfern (davon sind zwei Motorschiffe), die mit der Schleppnetzfischerei tätig sind, 141 Fahrzeugen (davon sind 6 Dampfer, 64 Dampflogger, 27 Motorlogger und 44 Segellogger) der großen Heringfischerei, 130 Hochsee-Motorkuttern und rund 12 500 Küstenfischerfahrzeugen.

Die Einfuhr an frischen und zubereiteten Seefischen im Jahre 1926 betrug 295 578 000 Kilogramm im Werte von 107 155 000 Reichsmark (1925 = 305 698 000 Kilogramm im Werte von 127 657 000 Reichsmark). Hiervon entfallen 30 Millionen Reichsmark auf frische Heringe und 46 Millionen Reichsmark auf Salzheringe. Gegen das Vorjahr ist bei den frischen Heringen eine Zunahme der Einfuhrmenge um 23 Millionen Kilogramm zu verzeichnen, während der Wert allerdings um 0,1 Millionen Reichsmark hinter dem des Vorjahres zurückblieb. Auch bei den frischen Fischen (außer Heringen) ist bei einem Rückgang der Einfuhrmenge um 0,5 Millionen Kilogramm ein verhältnismäßig stärkerer Rückgang des Wertes um 1,3 Millionen Reichsmark festzustellen.

Ausdehnung der Skoda-Werke A.-G. Die Pilsner Skodawerke, Geschütz- und Maschinenfabrik A.-G., stehen in Verhandlungen wegen Ankaufs der Firma Bartelmus, Donnath & Co., Fabrik elektrotechnischer Maschinen in Brünn. Die Unterzeichnung des Kaufvertrages ist schon in nächster Zeit zu erwarten, die Uebergabe des genannten Unternehmens an die Skodawerke soll noch im Laufe dieses Jahres erfolgen.

Die dänische Arbeitslosigkeit ist nach der amtlichen Statistik in der vergangenen Woche um 1663 Mann gestiegen. Die Gesamtzahl der Arbeitslosen Dänemarks wird amtlich mit 48 829 angegeben. Die wirkliche Arbeitslosigkeit dürfte um rund 10 Proz. höher sein.

Die polnische Reis-Einfuhr ist in den ersten drei Quartalen 1927 gegenüber der Vergleichszeit des Vorjahres von 21 938 To. im Werte von 8,8 Millionen Goldzloty auf 52 750 To. im Werte von 21,4 Millionen Goldzloty gestiegen. Im Interesse der heimischen Reismühlen, deren Zahl demnächst durch Errichtung je eines Werkes in Gdingen und einem Kroten Vorort verdoppelt werden soll, war die Zentral-Einfuhrkommission kürzlich angewiesen worden, keine Genehmigungen zum Import von geschältem Reis mehr zu erteilen. Infolge der steigenden Reispreise ist diese Maßnahme aber wieder rückgängig gemacht worden.

Die Errichtung einer neuen Zündholzfabrik in der Slowakei ist von den zuständigen Prager Ministerien nicht genehmigt worden mit der Begründung, daß bereits eine hinreichende Zahl solcher Fabriken im Lande vorhanden sei.

Angestellte, laßt euch nicht irreführen!

Im Wahlkampf zur Angestelltenversicherung wird von den Referenten des Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes behauptet, Reichstagsabgeordneter Aufhäuser habe in einer Ausschußberatung vom Jahre 1922 über einen Antrag der Deutschen Volkspartei zur Selbstverwaltung der Angestelltenversicherung ausgeführt, er sei für diesen Ausbau der Selbstverwaltung, jedoch müsse vorher die Verschmelzung mit der Invalidenversicherung durchgeführt sein. Der Abgeordnete Aufhäuser hat die ihm in den Mund gelegte Rede niemals gehalten; sein Name wird in dem amtlichen Ausschußbericht auch nicht genannt. Es handelt sich also um eine Irreführung der Wähler.

Die Aussperrung in der Zigarrenindustrie.

Bröckelnde Unternehmerfront.

Die Aussperrung in der Zigarrenindustrie zeigt, wie wir vom Deutschen Tabakarbeiter-Verband erfahren, augenblicklich folgendes Bild: Im Tarifgebiet Sachsen sind rund 7000 Arbeiterinnen und Arbeiter ausgesperrt worden; nicht ausgesperrt wurden annähernd 4000 Arbeiter und Arbeiterinnen. In Schlesien ist rund 3800 Arbeiterinnen und Arbeitern gekündigt worden, von denen annähernd 1000 schon vor dem 5. November die Arbeit niedergelegt haben. Nicht ausgesperrt sind in Schlesien annähernd 2000 Arbeiter und Arbeiterinnen. In Bremen haben bereits 17 Firmen die geforderte Lohnerhöhung von 15 Prozent bewilligt. Außer den schon gemeldeten Orten ist die Arbeit unter anderem noch in Elbing, Heidelberg, München, Wißmar, Wanfried, Dahme, Osnabrück und Darmstadt eingestellt worden.

Die Streiklage in der rechtsrheinischen Textilindustrie hat sich verschärft.

Am Montag sind sieben Betriebe der Teppich- und Möbelstoffindustrie in Streik getreten. Die Gesamtaussperrung erfolgt am 8. November.

Der Streik im linksrheinischen Textilgebiet nimmt ständig an Umfang zu. Die Zahl der Streikenden war bis Sonnabend nachmittag auf etwa 8000 gestiegen. In Elberfeld-Barmen sind sämtliche Lüstrierer und Gummibandwirker im Ausstand. In Elberfeld sind eine große Kattundruckerei, 6 Färbereien und eine große Breitweberei stillgelegt, in Barmen die Bemberg A.-G., die Herstellerin der bekannten Seidenwaren. Stündlich ist mit neuen Arbeitsniederlegungen zu rechnen, weil die Arbeitgeber unter Ablehnung weiterer Verhandlungen für Dienstag abend die Stillegung der gesamten Betriebe angekündigt haben. Die Schlichtungsbehörde hat die Parteien für Dienstag zu einer Besprechung eingeladen.

Der tschechoslowakische Eisenbahnerkonflikt noch nicht beigelegt.

Prag, 7. November. Eine Mitteilung der Exekutive der Eisenbahnerorganisationen besagt, daß eine Plenarsitzung der Exekutive Berichte über das Ergebnis der Verhandlungen der politischen Parteien mit dem Ministerpräsidenten Svehla entgegennahm. Es kam zu einer Annäherung durch das Angebot des Ministerpräsidenten, die strittigen Forderungen in Form von in die Pension einrechenbaren Zulagen auszugleichen, durch die die Gehaltsstufen der Eisenbahnbediensteten ergänzt würden. Es blieb jedoch eine Differenz bestehen, da das Angebot keineswegs für eine entsprechende Angleichung des Einkommens der Eisenbahnbediensteten an das Niveau des Beamtengesetzes genügen würde.

Prag, 7. November. Von unterrichteter Seite geht dem tschechoslowakischen Preßbüro die Erklärung zu, daß die Lage auf den tschechoslowakischen Eisenbahnen völlig normal ist. Die Personen- und Schnellzüge, wie auch die Kohlenzüge aus den nordböhmischen Kohlenrevieren verkehren durchaus regelmäßig. Die Lage auf den Bahnhöfen und an den Grenzstationen zeigen gleichfalls keine ungewöhnlichen Momente.

Zu Gehaltsforderungen der österreichischen Beamten.

Wien, 7. November. Der Ausschuß der Bundesangestellten beschloß, der Regierung morgen ein Forderungsprogramm zu unterbreiten, in dem [illegible] Erhöhung [illegible] um 17,5 Prozent [illegible].

Wirtschaft.

Schlechter Tag für die Berliner Börse.

Große Kursrückgänge am Montag.

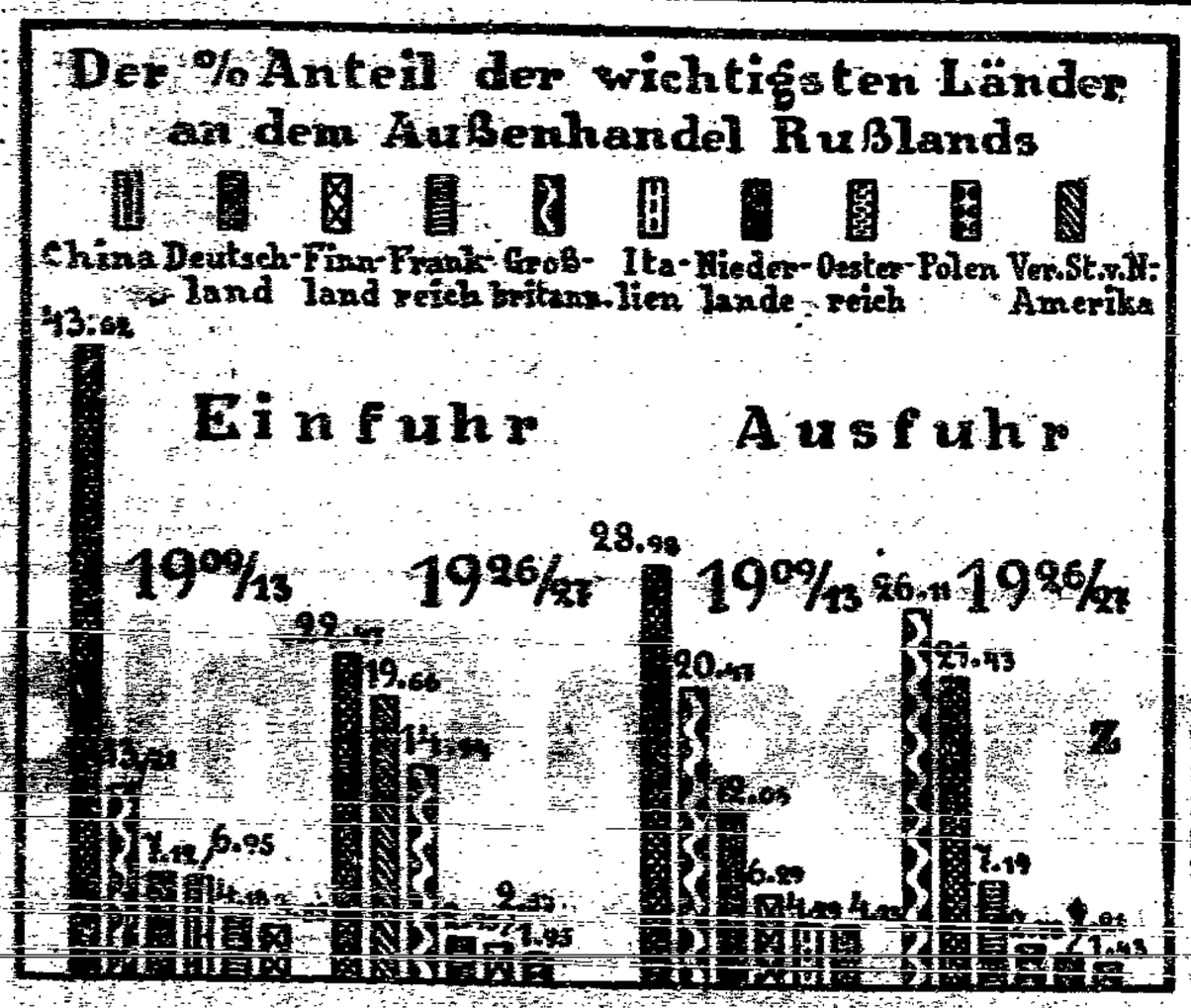
An der Berliner Börse kam es am Montag zu starken Kurseinbrüchen. Die Baisse machte sich weniger am Kassamarkt geltend; dagegen gingen die Terminnotierungen stark zurück. Hier betrugen die Einbußen, besonders bei schweren Papieren, bis zu 40 Prozent.

Die Entwickelung ist zweifellos durch das Silbertsche Memorandum beeinflußt worden. Dabei darf aber nicht übersehen werden, daß rein börsentechnische Ursachen mitsprechen. Bei den Montagverkäufen handelt es sich auch nicht nur um freiwillige Verkäufe, sondern in erster Linie um Zwangsverkäufe. Allgemein nimmt man in Börsenkreisen an, daß sich bei den Differenzzahlungen Medio November (15. November) Schwierigkeiten ergeben.

Aus dem polnisch-oberschlesischen Kohlenbergbau.

Belegschaftsentwicklung. — Koksanstalten und Brikettfabriken im September.

In den Steinkohlengruben Polnisch-Oberschlesiens waren Ende September 74 172 (73 577) Arbeiter beschäftigt, von denen 51 579 (51 105) unter Tage angelegt waren. Die Koksproduktion des Reviers hat im September die Höhe von insgesamt 121 260 (118 834) Tonnen bzw. von arbeitstäglich 4042 (3833) Tonnen erreicht. Der Gesamtabsatz war größer als die Erzeugung. Er belief sich auf 132 782 (132273) Tonnen. Der Belegschaftsstand erhöhte sich auf 2702 (2588) Arbeiter. Auch die Brikettproduktion wies eine günstige Entwicklung auf. Sie betrug arbeitstäglich 729 (770) Tonnen bzw. insgesamt 18 951 (20 012) Tonnen. Abgesetzt wurden hiervon 16 003 (22 427) Tonnen. In den Brikettfabriken waren Ende September 185 (182) Arbeiter beschäftigt.



Der Handel mit Rußland.

Zur Belebung des deutsch-russischen Handelsverkehrs hat man deutscherseits wiederholt in weitherziger Weise der Sowjetregierung Kredite eingeräumt. Unsere Graphik zeigt indessen anschaulich, daß die in Deutschland gehegten Wünsche keineswegs in Erfüllung gegangen sind. Im Gegenteil: Deutschlands Anteil an dem Außenhandel Rußlands hat sich sogar viel ungünstiger entwickelt als der Großbritanniens. Befremdend muß auch auf die beteiligten Kreise die Tatsache wirken, daß trotz des schon seit Monaten vollzogenen Abbruchs der Beziehungen zwischen Rußland und Großbritannien, letzteres für Rußland nicht nur an Bedeutung als Lieferant gewonnen, sondern sogar Deutschland vom ersten Platz verdrängt hat.

Aus aller Welt.

Die Ueberschwemmung in Neu-England.

Während in den höher gelegenen Teilen des Ueberschwemmungsgebietes in den Neu-England-Staaten eine Besserung zu verzeichnen ist, sind jetzt die an den unteren Flußläufen gelegenen Ortschaften teilweise ernstlich bedroht, namentlich Hartford (Connecticut), wo es trotz unerhörter Anstrengungen der Pumpwerke nicht mehr gelingt, die städtischen Abwässer in den Fluß zu pumpen. Man fürchtet, daß infolgedessen ein großer Stadtteil binnen kurzem ungefähr sechs Fuß hoch überschwemmt sein wird, wodurch die Gefahr einer Typhusepidemie heraufbeschworen würde. Die Zahl der Toten wird jetzt mit mindestens 150 angegeben.

Ein spanischer Schnellzug entgleist.

In der Nähe von Escorial entgleisten infolge Schienenbruchs fünf Wagen des Nordwest-Expreß. Ein Schlafwagen und der Speisewagen, in dem 40 Reisende beim Essen saßen, stürzten eine hohe Böschung hinab und wurden zertrümmert. 20 Personen erlitten schwere Verletzungen, jedoch fand überraschenderweise niemand den Tod.

Sturmverwüstungen in Neufundland.

Der Sturm, der am Sonnabend in Kanada herrschte, hat auch in Neufundland beträchtlichen Schaden angerichtet. Eisenbahn- und Telephonlinien wurden unterbrochen, der Schiffsverkehr wurde stark behindert. Verluste an Menschenleben sind nicht zu beklagen.

Gattenmord-Prozeß in Berlin.

Vor einem Berliner Schwurgericht fand am Montag der Prozeß gegen den Obsthändler Bruno Borchardt statt, der am 25. November 1926 in der Wohnung seines einstigen Freundes Berndt seine Frau erschossen hat. Borchardt ist bereits mehrfach wegen Diebstahls und Hehlerei vorbestraft. Die Trauung mit seiner zweiten Frau — die erste war ihm 1921 davongelaufen — fand im Gefängnis statt, während er eine Strafe verbüßte. Am Tage vor der Tat hatte Borchardt in einem Vergnügungs- und Spielklub eine Geburtstagsfeier mitgemacht. Als er spät nachts nach Hause zurückkehrte, fand er seine Frau nicht vor. Er suchte sie in den verschiedensten Kneipen, aber fand sie nicht. Schließlich kam er auf den Gedanken, sie könnte in der Wohnung seines Freundes Berndt sein. Tatsächlich hatten die beiden den Abend zusammen verbracht und die Frau hatte Berndt nach Hause begleitet. Morgens um 4 Uhr drang Borchardt in die Wohnung Berndts. Frau Borchardt hatte sich unter dem Bett versteckt. Es kam zunächst zu einem heftigen Ringen zwischen den beiden Männern, in dessen Verlauf Berndt schließlich die Flucht ergriff. Beim Durchsuchen der Wohnung fand Borchardt dann die Ohrringe und die Handtasche seiner Frau und entdeckte schließlich auch sie selbst. In blinder Wut gab er drei Schüsse aus seinem Revolver auf sie ab. Sämtliche Kugeln durchbohrten die Lunge, sodaß die Frau kurz darauf starb. Zwei Tage später stellte sich Borchardt freiwillig der Polizei.

In der Küche verbrannt.

In der Wohnung ihrer Eltern in der Cadiner Straße in Berlin ist am Montag vormittag die 20 Jahre alte Liesbeth Neumeister bei lebendigem Leibe verbrannt. Das Mädchen hatte das Feuer im Herd mit Papier zu schüren versucht, dabei schlugen Flammen heraus und ergriffen die Kleidung. Die Hausbewohner hörten nur noch laute Schreie. Als ein Nachbar wegen des Brandgeruchs in die Wohnung eindrang, fand er das Mädchen halb verkohlt am Boden liegen. Die Verunglückte gab keinerlei Lebenszeichen mehr von sich.

Die Schießerei in der Templiner Straße in Berlin.

Der Artist Scharfe, der zusammen mit dem Arbeiter Schlabach in der Nacht zum Sonnabend in der Templiner Straße in Berlin bei einer Schießerei zwei Personen getötet und zwei andere schwer verletzt hatte, ist Montag vormittag von der Kriminalpolizei verhaftet worden. Scharfe, der nach seiner Verhaftung völlig zusammengebrochen ist, kann erst im Laufe des Nachmittags vernommen werden. Mehrere Beweisstücke deuten darauf hin, daß Scharfe in eine Reihe weiterer Straftaten verwickelt ist. Insbesondere wird geprüft, ob er den Ueberfall in der Nacht zum Sonntag auf den Kraftdroschkenchauffeur Hartmann bei Staaken verübt hat, bei dem der Chauffeur schwer verletzt wurde. Scharfe ist als Einbrecher und Taschendieb der Polizei bereits bekannt.

Schadenfeuer in einem Alpenort.

In der Ortschaft Egg im Patzmountal (Tirol) wurden durch Feuer sechs Häuser samt Nebengebäuden vernichtet. Auch die eingebrachte Ernte verbrannte. Bei der Fahrt zum Brandplatz stürzte eine Spritze um, wobei zwei Feuerwehrleute verletzt wurden.

Selbstmord eines Berliner Kommerzienrats.

In seiner Wohnung in der Kaiser-Allee in Berlin nahm sich Montag abend Kommerzienrat Heinrich Siegel durch einen Kopfschuß das Leben. Die Gattin des Kommerzienrats weilte zurzeit des Selbstmordes ihres Mannes bei einem Konzert. Die Gründe, die Siegel in den Tod getrieben haben, sind noch völlig ungeklärt.

Der Arbeiter in der Kunst.

In Berlin fand die Eröffnung der Herbst-Ausstellung der Akademie der Künste statt. Im Vordergrund eine Gipsplastik von Fritz Koelle, München, „Bergarbeiter vor der Einfahrt" (rechts) und von dem gleichen Künstler „Der Wettersteiger", Bronzeplastik.

Ein Bigamist auf der Anklagebank.

In Berlin hat sich demnächst ein 46jähriger Chauffeur wegen Bigamie zu verantworten. Er hatte seine erste Frau in Krakow in Mecklenburg verlassen und sich nach Berlin begeben. Hier hat er zum zweiten Male geheiratet. Die verlassene Frau ermittelte später ihren Mann in Berlin. Er bestritt zunächst, der Gesuchte zu sein, mußte aber schließlich doch ein Geständnis ablegen. Er gab zu, ein zweites Mal geheiratet zu haben, obwohl er wußte, daß seine Frau noch lebt. Da auch die zweite Frau von der Existenz der ersten unterrichtet war, hat sie sich gleichfalls wegen Bigamie zu verantworten.

Verfolgung eines Schmugglerschiffes durch ein litauisches Kriegsschiff.

Am Donnerstag entdeckte das litauische Kriegsschiff „Präsident Smetona", das von Memel ausgefahren war, um Schmuggler aufzubringen, das an der memelländischen Küste als Schmugglerschiff bekannte Rennboot „Hassan Bir" und verfolgte es mehrere Stunden bis an die lettländische Küste hin. Freitag früh versuchte das Schmugglerboot, an der lettländischen Küste an Land zu kommen, flüchtete aber wieder, als es sich von der lettländischen Küstenwache entdeckt sah. Da die Motoren des „Hassan Bir" versagten, konnte er von dem litauischen Kriegsschiff gekapert werden. Er hatte eine Besatzung von sieben Mann und führte 30 000 Liter Sprit an Bord. Das Kriegsschiff setzte sieben Mann seiner Besatzung an Bord des gekaperten Schmugglerschiffes und nahm dieses ins Schlepptau. Da jedoch die Trosse riß, kam das Boot wieder frei und verschwand in der Dunkelheit und dem herrschenden Sturm. Das Schmugglerschiff ist auf einer Sandbank gestrandet. Der Kapitän Hans Hofmann, der an Land war, wurde von der lettländischen Küstenwache verhaftet. Von dem Schmugglerschiff war nichts mehr zu sehen. Es dürfte mit sechs Mann Besatzung und den sieben Mann des „Präsident Smetona" untergegangen sein.

Ein Einbrecher auf der Flucht erschossen.

Bei einem Einbruchsversuch bei einer Prager Eisenfirma wurde einer der Einbrecher von einem Polizeibeamten erschossen. Den beiden anderen gelang es, in der Dunkelheit zu entkommen.

Großer Mühlenbrand in Ungarn.

Die Franklische Dampfmühle in Csorna bei Raab, eine der größten Mühlen Transdanubiens, geriet gestern früh in Brand, der erst nach längerer Löscharbeit eingedämmt werden konnte. Einige Gebäude der Mühle wurden gerettet, der Schaden wird auf eine halbe Million Pengö geschätzt.

Ein königlicher Zechpreller verhaftet.

In Fontainebleau bei Paris sind Prinz Ferdinand von Bourbon, ein Vetter des Königs Alfons von Spanien, und sein Adjutant, der spanische Marquis Bettullia y Reirados verhaftet worden. Der Untersuchungsrichter, dem die beiden hohen Herren vorgeführt wurden, hat die Haft wegen Zechprellerei verhängt. Der Prinz und sein Begleiter haben an der französischen Riviera die Bekanntschaft eines berühmten englischen Malers gemacht, der sie nach Fontainebleau einlud. Die beiden folgten der Einladung und nahmen in dem vornehmsten Hotel von Fontainbleau Wohnung. Der Maler beglich zunächst die Rechnungen für seine Gäste. Als diese aber garnicht daran dachten, Abschied zu nehmen, verwies er den Wirt an den Prinzen. Dieser und der Marquis erklärten sich jedoch, als ihnen die Rechnung präsentiert wurde, als zahlungsunfähig. Der Hotelbesitzer wurde daraufhin bei der Polizei vorstellig und ließ die beiden wegen Zechprellerei festnehmen.

Europa-Meisterschaften im Ringen.

In Budapest wurden die Europa-Meisterschaften im griechisch-römischen Ringkampf für Amateure ausgetragen. 14 Nationen hatten 61 Ringer entsandt. Zum ersten Male beteiligte sich auch die Türkei, während die kampfstärkste Nation, Finnland, nicht erschienen war. Die Fliegengewichtsklasse kam bei diesem europäischen Treffen auch nicht zur Entscheidung. Während Deutschland im vergangenen Jahre zwei Siege erringen konnte, mußte es sich diesmal mit einem begnügen. Im Länderkampf setzten sich Ungarn und Estland mit je neun Punkten an die Spitze. Ungarn erhielt wegen seiner zwei Meisterschaften den Sieg. Schweden behauptete mit sechs Punkten den dritten Platz. Die Einzelergebnisse waren: Bantamgewicht: 1. Gozzi-Italien; 2. Pytsep-Estland; Federgewicht: 1. Väli-Estland; 2. Karpathy-Ungarn. Leichtgewicht: 1. Sperling-Deutschland; 2. Pettersson-Schweden. Mittelgewicht: 1. Papp-Ungarn; 2. Kusnets-Estland. Halbschwergewicht: 1. Szabo-Tschechoslowakei; 2. Sjöstädt-Schweden. Schwergewicht: 1. Bade-Ungarn; 2. Richthoff-Schweden. — Im Jahre 1928 gelangen die Europa-Meisterschaften in Deutschland zum Austrag. Außerdem wurde in Budapest für Januar ein deutsch-französischer Länderkampf im Amateur-Ringen in Paris vereinbart.

Ein Donaudampfer verunglückt.

Am Sonntag vormittag ist in dichtem Nebel zwischen Pancsova und Belgrad ein Donaudampfer auf ein gesunkenes Wrack aufgelaufen und leck geworden. Der Passagiere des Dampfers, der rasch voll lief, bemächtigte sich eine Panik. In der Nähe liegende Motorboote brachten sämtliche Passagiere und die Besatzung ans Ufer.

Europameisterschaft auf der Schreibmaschine.

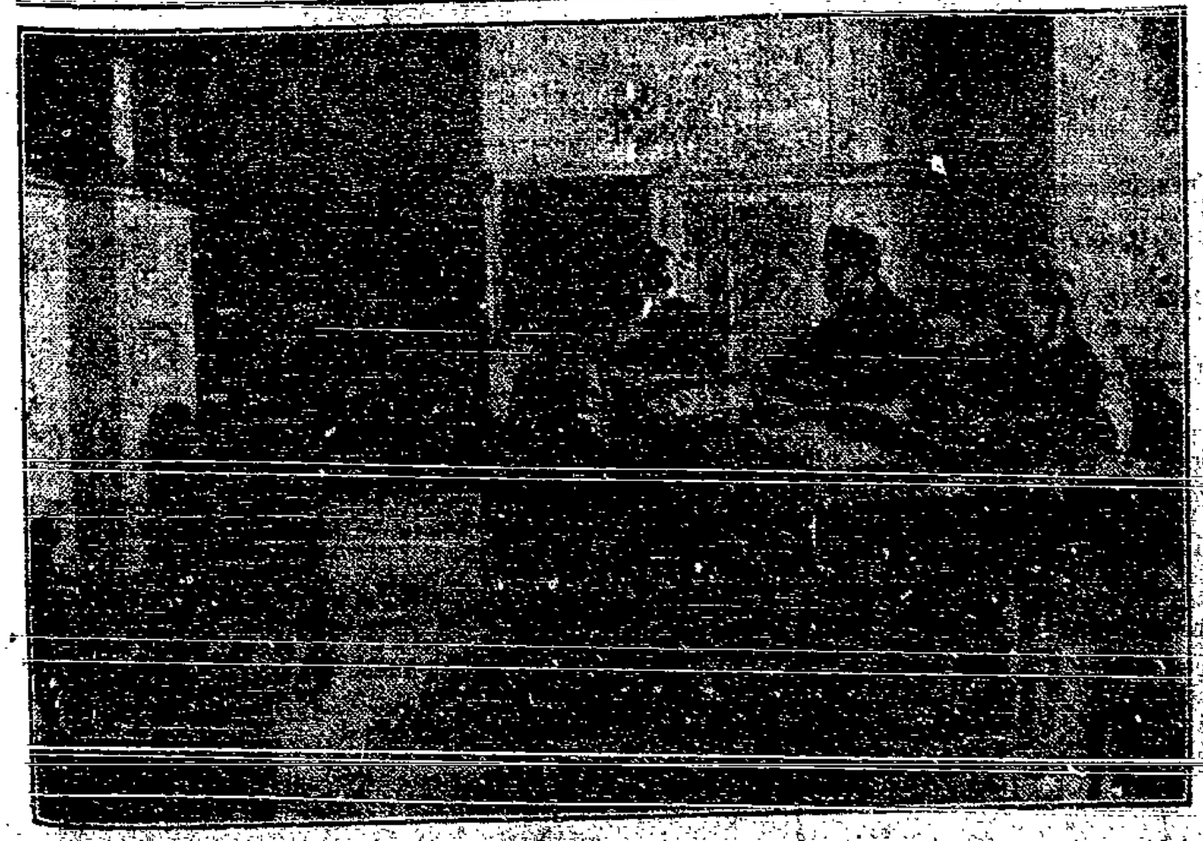
In einem Pariser Ball-Lokal wurde am Sonntag die europäische und die französische Meisterschaft in Stenographie und Schreibmaschine ausgetragen. An dem Wettbewerb beteiligten sich 28 Damen und zwei Herren. Deutschland war durch die Berlinerin Olga Fischer vertreten. Siegerin blieb die Engländerin Mitschell, die es auf 12 000 Anschläge in 20 Minuten brachte. Die französische Meisterschaft errang Frau Dupuy-Paris. Den Schnelligkeitswettbewerb London—Berlin gewann gleichfalls Miß Mitschell, die in fünf Minuten 55 Zeilen schrieb.

Todesurteil im „Gorillamann"-Prozeß.

Im Prozeß gegen den sogenannten Gorillamann Earle Nelson, der etwa zwanzig Frauen und Mädchen in den westlichen Städten erwürgt hat, gaben die Geschworenen ihren Wahrspruch auf schuldig ab, und der Richter sprach das Todesurteil aus, das am 30. Januar vollstreckt werden soll.

Die Rückkehr der roten Mannes zu seinen Göttern.

Die Indianer der „sechs Nationen" sind jetzt in einer feierlichen Zeremonie zu ihren alten Göttern zurückgekehrt und haben dem Christentum abgeschworen. Dieser Beschluß wurde von den Abgeordneten aller Stämme gefaßt, aus denen sich die „sechs Nationen" zusammensetzen. Vertreter der Mohawks, der Irokesen, Oneidas, Onandagas, Tuscaroras und anderer berühmter Stämme trafen sich in einer Blockhütte, etwas über einen Kilometer von Caughanawaga im kanadischen Schutzgebiet entfernt, geführt von ihren bedeutendsten Häuptlingen, wie Zweiaxt und amerikanisches Pferd, und hielten einen zweitägigen Gottesdienst ab zu Ehren des „großen Geistes" Manitu und der anderen indianischen Gottheiten. „Die Weißgesichter haben uns wenig anderes als Unglück gebracht", so erklärten sie. „Sie haben uns unserer Freiheiten beraubt, unserer Rechte und Vorrechte; sie haben uns dafür wenig gegeben, was der Rede wert ist. Wir wollen ihre Religion nicht; wir wollen, daß unser indianisches Volk zu seiner eigenen Religion [illegible] Das wenigstens kann uns der weiße Mann nicht fortnehmen". Reden solcher [illegible] hielten die Häuptlinge in indianischer Sprache, während die Menge zuhörte. Die Frau des Häuptlings Zweiaxt fiel in einen Verzückungszustand und stieß seltsame unzusammenhängende Worte aus. Ihre Rede, die den meisten unverständlich war, wurde von den Häuptlingen für lateinisch erklärt, und allgemein glaubte man, daß der große Geist auf diese Weise zu seinem Volk spräche. Viele Frauen, die zugegen waren, [illegible] und schluchzten, während die Verzückte sprach. Die Vertreter der Stämme hoffen, alle Indianer wieder der Verehrung ihrer eigenen Götter zuzuführen.



Das erste öffentliche Blinden-Lesezimmer.

In den Räumen der Stadtbücherei Charlottenburg wurde das erste [illegible]

Aus Schlesien.

Zentrümliche Arbeiterpolitik.

Eine parlamentarische Aktion an der unrechten Stelle.

Im Preußischen Landtag ist eine große Anfrage Stelger (Ztr.) eingegangen, die sich mit der großen Notlage unter den Bergarbeitern im niederschlesischen Steinkohlenrevier beschäftigt. Der Reallohn der dortigen Bergarbeiter stehe noch unter dem Stande der Vorkriegszeit. Trotz dieser großen Notlage sei ein Lohnschiedsspruch, der eine Lohnaufbesserung für die niederschlesischen Bergarbeiter von 6 Prozent vorsah, nicht für verbindlich erklärt worden. Es wird gefragt, was das Staatsministerium zu tun gedenkt, um die unhaltbare Lage der niederschlesischen Bergarbeiter erträglicher zu gestalten.

* * *

Die Arbeiterpolitik des Zentrums ist von zwei Faktoren bestimmt; einmal sollen die Arbeiterschäflein vor der roten Versuchung ihre Klassenlage zu erkennen, bewahrt werden, weshalb man mitunter — die Not des Arbeiters läßt sich durch Redensarten nicht aus der Welt schaffen — Worte großen sozialen Verständnisses findet und andererseits kann sich das Zentrum als Verfechter der bestehenden Ordnung natürlich nicht ernsthaft für die Arbeiterinteressen einsetzen, da es dann ja den Klassenkampf führen müßte, den andere in seinen Reihen viel wirksamere Klasseninteressen nicht zulassen. Was tut man daher, wenn die Lage der niederschlesischen Bergarbeiter durch die von dem ewigen, dem Zentrum zugehörigen, Arbeitsminister der Deutschen Republik inaugurierte Schlichtungspolitik unhaltbar wird? Man bringt eine Anfrage im preußischen Landesparlament ein, die ein sozialdemokratischer Innenminister beantworten muß, der auf Herrn Dr. Brauns und den Bürgerblock im Reiche natürlich keinen Einfluß hat. So ist die Reputation gerettet, das Zentrum hat sich „nachdrücklichst“ für die Bergarbeiterinteressen „eingesetzt“ kann mit großer Geste auf seine Aktion im Landtag, auf sein unbegrenztes soziales Verständnis verweisen und damit Arbeiterseelen fangen — aber nur solange es noch Arbeiter gibt, die auf so etwas hereinfallen und nicht erkennen, daß ihre Befreiung nur ihr eigenes Werk, ihre Politik nur die Politik der eigenen sozialdemokratischen Arbeiterpartei sein kann.

Der Prozeß des Herzogs von Ratibor.

Vor dem großen Schöffengericht in Ratibor hatte sich am Montag Herzog von Ratibor, der größte Grundbesitzer Oberschlesiens — er nennt allein ein Jagdrevier von 30 000 Hektar sein eigen — unter der Anklage zu verantworten, seinen Leibkutscher Hyrek auf der Jagd fahrlässig tödlich verwundet zu haben. Die Verteidigung des Herzogs hat der bekannte Berliner Rechtsanwalt Dr. Alsberg.

Nach der im Verlauf der Verhandlung gegebenen Darstellung des Herzogs spielte sich der Vorfall folgendermaßen ab: Am 5. Februar — es lag Schnee — begab sich der Herzog in Begleitung seines Leibjägers, eines Revierförsters und eines Forstsekretärs im Schlitten zur Wildschweinjagd in seinen Tierpark. Den Schlitten lenkte der Leibkutscher Hyrek, der bereits länger als zehn Jahre beim Herzog Dienst tat. Erst am späten Nachmittag stieß die Jagdgesellschaft auf Wildschweine, verließ den Schlitten und begab sich auf Anstand. Mit dem Zielfernrohr will der Herzog dann schließlich eine Sau erkannt haben. Als sie zum dritten Male erschien und nachdem auch der Leibjäger ausdrücklich versichert gehabt hatte, daß es sich um eine Sau handele, hat der Herzog geschossen. Gleich darauf ertönten Hilferufe des Kutschers, der mit einer schweren Schußverletzung im linken Unterschenkel aufgefunden wurde. Nach der Auffassung des Herzogs gibt es zwei Möglichkeiten für das Unglück: Entweder war tatsächlich eine Sau da gewesen und der Kutscher hatte sich im letzten Augenblick dazwischengeschoben oder der Stiefel und Mantel des Kutschers sind versehentlich für die Sau gehalten worden. Keine Erklärung weiß der Herzog dafür, wie der Kutscher, dessen Schlitten weitab stand, an diese Stelle gekommen war.

Das Geschoß, ein Stahlmantelgeschoß mit Bleispitze — also ein Dum-Dum-Geschoß — war dem Kutscher in die linke Wade gedrungen und mit einer großen Ausschußwunde vor dem Schienbein wieder herausgetreten. Der schwerverletzte Mann wurde im Schlitten nach dem Krankenhaus gebracht, wo er der Verletzung erlegen ist. Der Leibjäger sowohl wie der Revierförster bestätigten als Zeugen die Aussagen des Herzogs. Der Leibjäger will die Sau an der Zeichnung deutlich erkannt haben. Die Witwe des Verunglückten erklärte, daß sie erst abends gegen 7 Uhr von dem etwa um 5 Uhr erfolgten Unfall Nachricht bekommen habe. Ihr Mann habe gesagt: Jetzt schaffen sie mich nach Ratibor und dann wird keiner schuld sein wollen. Ich war in Filzstiefeln und da haben sie mich für eine Sau gehalten.

Am Nachmittag begab sich der Gerichtshof mitsamt den Schießsachverständigen zu einem Lokaltermin in den Wildpark des Herzogs. Der eigentliche Lokaltermin wurde zur selben Tageszeit, da der Unfall sich ereignete, gegen ½5 Uhr abends, abgehalten. Auf Grund des Ergebnisses des Lokaltermins wird die Verhandlung heute fortgesetzt.

Tagung der Landgemeinden.

Der Provinzialverband Niederschlesien E. V. im Verbande der Preußischen Landgemeinden E. V. hielt am Freitag, den 4. November, in seiner Breslauer Geschäftsstelle, Lessingstraße 14, eine Sitzung seines Gesamtvorstandes unter Leitung des Bürgermeisters Staeckel-Schreiberhau ab. Die Versammlung befaßte sich zunächst mit der Frage der Errichtung gemeinsamer kommunaler Rechnungsämter auf Grund einer Anregung des Niederschlesischen Sparkassenverbandes, mit der dieser [illegible] sämtliche kommunalen Spitzenverbände der Provinz herangetreten ist. Stadtrat Brescher als Vorsitzender des Sparkassenverbandes erläuterte den Aufbau, die Aufgaben und die Finanzierung dieser Rechnungsämter. Für räumlich zusammenliegende Bezirke soll ein gemeinsames Rechnungsamt errichtet werden, von dem aus laufend und außerdem unvermutet die Gemeindekassen der angeschlossenen Landgemeinden, Städte und Landkreise geprüft werden sollen. Die Prüfungen sollen auch auf die Wirtschaftlichkeit und Organisation der Gemeindebetriebe und Verwaltungen erstreckt werden. Die Versammlung erkannte die Notwendigkeit der Rechnungsämter durchaus an und beschloß ihre Einrichtung zu fördern, wenn die Kostenfrage in zufriedenstellender Weise gelöst werden könnte.

Die Versammlung erörterte sodann in vielstündiger Sitzung eine Reihe von Fragen von besonderer finanzieller Bedeutung für die Landgemeinden und erledigte die anläßlich des 4. Preußischen Landgemeindetages und des Vertretertages der Provinzen am 11. und 12. November d. J. in Berlin gemachten Vorlagen. Als Vertreter des Provinzialverbandes für die Berliner Tagungen wurden Bürgermeister Staeckel-Schreiberhau für die Gruppe der Industriegemeinden, Amts- und Gemeindevorsteher Hättel-Königszelt für die Gruppe der Agrargemeinden und Baron v. Richthofen-Klein-Rosen, Kr. Striegau, als Vertreter der Gutsbezirke bestimmt. Für die auf Beschluß des Provinzialausschusses zu bildende Arbeitsgemeinschaft der in der Wohlfahrtspflege tätigen öffentlichen privaten Stellen wurde als Vertreter des Verbandes Gemeindevorsteher Hoffmann-Peiskeretz [illegible] gewählt. [illegible] den 5. Schlesischen Landgemeindetag am Sonnabend, den 4. Februar, [illegible]

Der Faschismus in Polnisch-Schlesien.

Westoberschlesische Blätter melden aus Kattowitz: Sonntag nachmittag hielt die deutsche katholische Volkspartei in Gieraltowitz eine Delegiertenversammlung ab, wobei unter anderem auch der Abgeordnete Franz ein Referat hielt. Als er seine Rede an das Wort: „Gebt Gott, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist“, anknüpfend die Mitglieder der Partei ermahnte, stets Loyalität gegen den polnischen Staat zu üben, sprangen auf einmal mehrere Männer aus der Versammlung, mit Gummiknüppeln bewaffnet, gegen ihn mit dem Rufe: „Wir werden dir den Kaiser geben.“ Die Angreifer konzentrierten sich zielbewußt auf den Abgeordneten Franz, der sich zur Wehr setzte, so daß es ihm schließlich gelang, aus dem Lokal herauszukommen. Als er auf die Straße trat, sah er sich von einer neuen mehrköpfigen Bande umringt, die mit Gummiknüppeln, Stöcken und Schlagringen auf ihn dermaßen einschlug, daß er bewußtlos zusammenbrach. Als er sich nach mehreren Minuten erholte und mit dem Taschentuch das blutüberströmte Gesicht reinigen wollte, wurde ihm das Taschentuch fortgerissen und von neuem zu Boden geschlagen.

Schweidnitz. Die spinale Kinderlähmung greift weiter um sich. Zu den bereits gemeldeten Fällen von spinaler Kinderlähmung ist jetzt ein neuer Fall hinzugekommen. Bei dem 1½ Jahre alten Kinde T. in der oberen Wilhelmstraße wurde diese Krankheit festgestellt.

Bolkenhain. Vom Schlachtfeld der Arbeit. In der Weberei geriet eine Arbeiterin mit dem rechten Arm in die Treibmaschine. Die Verletzungen sind so schwer, daß die Bedauernswerte wahrscheinlich den Arm verlieren wird.

Landeshut. Eigenartiger Geländeerwerb. Vor einiger Zeit hatte die hiesige Stadtverordnetenversammlung den Verkauf von 400 Quadratmetern Gelände in Blasdorf bei Schömberg an den Generaldirektor Dr. Frahne beschlossen. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß der Käufer nicht nur auf diesem erworbenen Gelände, sondern noch auf weiteren 14 000 Quadratmetern, die der Stadt gehören, Besitzrecht ausübt. Kürzlich wurde das Gelände von Mitgliedern des Magistrats und der Baukommission besichtigt, und dabei konnte festgestellt werden, daß Direktor Frahne auf dem der Stadt gehörigen Gelände bereits einen Autoschuppen und einen Weg gebaut hat. Bisher war es nicht gelungen, vom Magistrat über diese eigenartige Geländeerweiterung Auskunft zu erhalten, und nun hat die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion die Einberufung einer außerordentlichen Stadtverordnetensitzung beantragt.

Landeshut. Schlechter Geschäftsgang. Einige hiesige Textilgroßbetriebe lassen seit einigen Tagen wieder verkürzt arbeiten, angeblich wegen Absatzmangel. So sind zum Beispiel die Sonnabende und Montage als Feiertage festgesetzt, was für die Arbeiterschaft ganz erhebliche Verdienstausfälle mit sich bringt.

Görlitz. Sonntag nachmittag stieß ein mit vier Kindern besetzter Handleiterwagen mit großer Heftigkeit mit einem Personenauto zusammen. Hierbei wurden ein 14jähriger und ein 11jähriger Schüler lebensgefährlich verletzt.

Oppeln. 1000 Ausgesperrte! Von der durch den Reichsverband Deutscher Zigarrenhersteller durchgeführten Aussperrung wegen Lohndifferenzen in der Zigarrenindustrie sind in unserer Stadt bisher 1000 Arbeiter und Arbeiterinnen getroffen worden.

Züllkowitz. Dreifache tödliche Infektion durch ein Pferd. Die 31, 18 und 22 Jahre alten Geschwister Anna, Alois und Josef Starostzik starben hintereinander an Blutvergiftungserscheinungen. Sie hatten ein krankes Pferd behandelt, und man nimmt an, daß sie sich dabei infiziert haben. Eine genaue Obduktion der Leichen wird zur einwandfreien Feststellung der Todesursache vorgenommen werden.

Cosel O.-S. In die Oder gefahren. Beim Versuch, sein mit Vieh beladenes Gespann auf die Oderfähre von Czelsitz zu bringen, um den Strom zu überqueren, rutschte der dreißigjährige Fleischermeister August Schaffraniez mit dem Wagen aus und ertrank in der Oder.

Hindenburg. Vergifteter Fluß. Der Grenzfluß Ortniza hat in den letzten Tagen eine Menge toter Fische an die Ufer geschwemmt, seine Oberfläche ist mit toten Fischen bedeckt. Eine eingehende Untersuchung ergab, daß der Anschluß des sehr fischreichen Flusses an die chemischen Fabriken das Wasser völlig vergiftet hat. Behördlicherseits ist deshalb die Verwendung des Flußwassers zu Trinkwasser verboten worden.

Kattowitz. Schnellverkehr Kattowitz—Krakau. Zwischen Kattowitz und Krakau wird künftighin zweimal am Tage ein aus zwei Waggons bestehender Motorzug verkehren, der die Strecke in anderthalb Stunden durchlaufen wird. Betrieben wird der Zug durch einen Benzinmotor.

Sausenberg, Kreis Rosenberg. Bei der Abwehr von Einbrechern erschossen. Als in der Nacht von Montag zu Dienstag Einbrecher versuchten, in die Posträume von Sausenberg einzudringen, stellte sich ihnen der Schrankenwärter Josef entgegen. Josef wohnte, da das Postgebäude sich im Bahnwärtergebäude befindet, im gleichen Hause. Die Einbrecher machten beim Erscheinen Josefs sofort von der Schußwaffe Gebrauch, und die Kugel traf Josef so unglücklich ins Herz, daß er auf der Stelle tot war. Von den flüchtigen Mördern fehlt jede Spur.

Landkreis Breslau/Neumarkt.

SPD., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Versammlungskalender.

Klettendorf. SAJ. Morgen Mittwoch 19½ Uhr, Funktionärsitzung im Heim, um 20 Uhr Revolutionsfeier.

Groß-Mochbern. Mittwoch, den 9. November, findet abends 20 Uhr im Lokal von Schreier die Revolutionsfeier statt. Als Referent ist Stadtverordneter Genosse Frey anwesend. Alle Republikaner von Groß-Mochbern und Umgegend sind dazu eingeladen. Gäste sind willkommen. Die Ortsgruppenleitung.

Brockau. Freitag, den 11. November, abends 7 Uhr, findet bei Mende unsere fällige Mitgliederversammlung statt. Es wird besonders darauf aufmerksam gemacht, daß, wie schon angegeben, die Mitgliederversammlungen im Winterhalbjahr bereits um 7 Uhr beginnen. Gäste, die durch Mitglieder eingeführt, willkommen.

Groß-Tschansch. Bei unserer Revolutionsfeier am Mittwoch, den 9. November, abends 8 Uhr, im Lokal von Peter spricht Parteisekretär Genosse Krumm-Breslau. Guter Besuch wird erwartet.

Schmolz. Mittwoch, den 9. November, abends 8 Uhr, im Lokal von Kabitz öffentliche Versammlung. Verbandssekretär Meblin wird Stellung nehmen zu den [illegible] durch Herrn von Wallenberg. Sorgt für gutes Besuch.

[illegible] Die hiesige Ortsgruppe der SPD. veranstaltet am Mittwoch, den 9. November, abends 8 Uhr, im Lokal von Rauch eine Revolutionsfeier, in welcher Referent Genosse Kaufmann-Breslau spricht.

Deutsch-Lissa. Unsere Revolutionsfeier findet am Mittwoch, den 9. November, abends 8 Uhr, im Lokal von Büttel in Deutsch-Lissa statt. Landtagsabgeordneter Genosse [illegible]burger wird in dieser öffentlichen Veranstaltung referieren.

Maltsch. Mittwoch, den 9. November, abends 8 Uhr, veranstaltet die Ortsgruppe der SPD. Maltsch in der [illegible] eine Revolutionsfeier unter Mitwirkung [illegible]. Es wird ersucht, recht zahlreich an dieser Veranstaltung teilzunehmen.

Die Neumarkter Lehrer gegen die Kulturreaktion.

Sie werden den Religionsunterricht niederlegen.

Der Neumarkter Lehrerverein nahm in seiner letzten Sitzung eine Abstimmung über die Frage vor, wieviel seiner Mitglieder entschlossen wären, im Falle der Wiederkehr der geistlichen Schulaufsicht, wie sie der Keudellsche Reichsschulgesetzentwurf vorsieht, von dem verfassungsrechtlich gewährleisteten Recht der Niederlegung des Religionsunterrichtes Gebrauch zu machen. Sämtliche bei dieser Abstimmung gezählte Stimmen sprachen sich hierfür aus. Hoffentlich ergibt die für ganz Schlesien geplante gleiche Abstimmung unter den Lehrern ein ähnliches Bild der Entschlossenheit, der drohenden Kulturreaktion Paroli zu bieten.

Brockau. Ein Tumult auf dem Bahnhof. Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Auf dem Bahnhof Brockau wurde in der Nacht vom 5. zum 6. November ein wüster Tumult von etwa 20 bis 25 Reisenden, Mitgliedern eines von Breslau heimkehrenden Vereins, entfesselt, als der die Bahnsteigsperre bedienende Beamte die Personalien eines dieser Reisenden durch einen Beamten des Reichsbahn-Streifdienstes feststellen lassen wollte. Der Reisende hatte sich geweigert, die Fahrkarte an der Sperre vorzuweisen. Die beiden Reichsbahnbediensteten und ein Dritter, der noch zur Hilfe herbeigerufen war, wurden mit Schimpfworten belegt und schließlich tätlich angegriffen. In der Notwehr (?) wollte der eine der Streifdienstbeamten einen Schreckschuß aus seinem Dienstrevolver abgeben. Durch einen Schlag auf seinen rechten Arm entlud sich die Waffe. Der Schuß drang einer in der Menge befindlichen Frau in die linke Schulter. Der von den Reichsbahnbeamten schleunigst herbeigerufene Bahnarzt leistete sofort die erste Hilfe. Die Frau wurde von der inzwischen aus Breslau herbeigeeilten Streifdienstverstärkung mit Automobil nach dem Krankenhaus Bethanien geschafft. Dort ist das Geschoß heute entfernt worden. Irgendwelche schädigenden Folgen dürften nicht zu befürchten sein. Gegen die Tumultuanten wird Klage erhoben werden.

Deutsch-Lissa. Das Autobus gestürzt. Am Sonntag fuhr das Autobus der Strecke Deutsch-Lissa—Breslau aus noch nicht geklärten Ursachen gegen einen Baum. Der Wagen stürzte um, die Insassen kamen jedoch mit dem Schrecken, leichteren Verletzungen und nicht unerheblichem Sachschaden an ihrer Kleidung davon.

Frauenwaldau, Kr. Trebnitz. Auftreten der spinalen Kinderlähmung. Hier ist ein Fall der spinalen Kinderlähmung, die in verschiedenen Gegenden Deutschlands epidemisch aufgetreten ist, zu verzeichnen.

Neumarkt. Die öffentliche Gewerkschafts-Versammlung findet nicht am Mittwoch, den 9. November, im „Schießhaus“, sondern am Donnerstag, den 10. November, im Saale des „Gelben Löwen“ statt. Da der Referent verhindert ist, mußte Verlegung der Versammlung erfolgen. Arbeiter und Arbeiterinnen von Neumarkt erscheint in Massen!

— Tabakarbeiter! Wir machen es überall bekannt, daß die vom Ortsausschuß angesetzte Versammlung erst Donnerstag stattfindet. Nicht ein Kollege, nicht eine Kollegin darf fehlen! Seid einig und steht geschlossen, dann muß der Erfolg auf unserer Seite sein, und wird den Arbeitgebern lehren, daß sie nicht in frivoler Weise arbeitswillige Menschen aufs Pflaster werfen können.

Neumarkt. Vom Konsumverein. Den Uebertritt vom Liegnitzer Konsumverein zu dem Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ für Breslau und Umgegend wurde einstimmig von einer Genossenschaftsversammlung für Neumarkt und Umgegend, die am 6. November, 15 Uhr, im „Goldenen Löwen“ tagte, beschlossen. Geschäftsführer Baier, Liegnitz, gab letztmalig den Bericht des Konsumvereins Liegnitz für das Geschäftsjahr 1926/27. Der Gesamtumsatz sei um 18,7 Prozent gestiegen. Neumarkt sei am Umsatz anteilig zurückgeblieben, da hier die Steigerung nur 6,1 Prozent betrage. Die Reorganisation des Liegnitzer Vereins, die die Verwaltung beschlossen habe, zwingt dazu, Neumarkt aufzugeben. Verbandsrevisor Hübner wies in längeren Ausführungen die Notwendigkeit nach, Neumarkt von Liegnitz abzutrennen. Einmal gewonnenen genossenschaftlichen Boden dürfe man jedoch nicht preisgeben, selbst wenn er sich noch nicht so recht tragfähig gezeigt habe. Der Konsum- und Sparverein „Vorwärts“ habe sich bereit erklärt, die bisherige Verteilungsstelle Neumarkt zu übernehmen, falls die Mitglieder dem zustimmen. Der Wechsel bedeutet keine Verschlechterung. Die Mitglieder Kaspera, Wagner und Schade sprechen sich für den Vorschlag aus, worauf einstimmig beschlossen wird, den Uebertritt zu vollziehen, ebenso alle Guthaben dem „Vorwärts“ zu überweisen. Geschäftsführer Winzer-Breslau vom „Vorwärts“ gibt einen Ueberblick über die Entwicklung und Einrichtungen des „Vorwärts“ und betont, daß es Pflicht aller organisierten Verbraucher sei, für die Ausbreitung der Genossenschaften zu wirken. Sekretär Reymann gibt noch Erläuterungen über die Formalitäten, die bei dem Uebertritt zu beachten sind. Genaue Ausfüllungen der Beitrittserklärungen für den „Vorwärts“ und gleichzeitige Ausfüllung einer Austrittserklärung für den Liegnitzer Verein, die in der Verteilungsstelle Bahnhofstraße abzugeben sei, müsse bis 1. Januar 1928 erfolgen. Der Uebertritt erfolge kostenlos. Neueintretende haben 1 Mark Beitrittsgeld und mindestens 1 Mark auf den Geschäftsanteil zu zahlen. Damit hatte die Versammlung ihr Ende erreicht. Es ist zu hoffen, daß der Beschluß des Uebertritts der Neumarkter Genossenschaftsbewegung neue Impulse verleiht und in kommenden Jahren kräftige Fortschritte erzielt werden.

Amtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 7. November.

1 Pfund Sterling	20,381	100 franz. Francs	16,425
1 Dollar	4,1855	100 tschech. Kronen	12,405
100 holl. Gulden	168,75	100 Schweizer Francs	80,70
100 Belga = 500 Franken	58,38	100 Pesetas	71,31
100 norw. Kronen	110,41	100 schwed. Kronen	112,57
100 Danzig. Gulden	81,51	100 Pengö	73,28
100 Lire	22,865	100 österr. Schilling	59,09
100 dän. Kronen	112,19	100 Zloty	46,875

Wasserstand

8. November.

Ratibor	0,06	Ransern (Unter-Pegel)	2,02
Neiße (Stadt) vom 7. 11.	—0,57	Dyhernfurth	1,32
Neissemündung (Unter-Pegel)	1,32	Abflußmenge sekundlich oben	0,71
Brieg (Wasserkran)	1,97	Fürstenberg vom 7. 11.	5,40
Treschen	1,10	Wasserwärme	+9,4°

Zum Alltag u. zum Feste
bleibt Christ's Brot
auch das Beste!

Wir schützen die Republik
deshalb lesen wir nur
die Volkswacht